

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Herbst 2019  
Nr. 205, 48. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



## Der Konflikt USA-Iran Kriegsgefahr am Persischen Golf?

Die Zunahme der Spannungen am Persischen Golf begann mit der Ankündigung von Präsident Trump, sich in Zukunft nicht mehr an die Bestimmungen des Atomabkommens zu halten. Im Anschluss daran verhängte er einseitig und gegen den Willen der anderen Partner des Abkommens wirtschaftliche Sanktionen gegen den Iran. Die Sanktionen wurden nicht sofort nach Verhängung voll wirksam. Die USA gewährten zuerst noch diverse Übergangsregelungen und Ausnahmen, die aber inzwischen nach und nach ausgelaufen sind. Damit verschärften sich die praktischen Auswirkungen der Sanktionen ebenfalls nach und nach. Die Lage spitzte sich gefährlich zu.

Die USA demonstrierten ihre militärische Macht durch die Verlegung von Einheiten an den Persischen Golf. Seit Mai wurden ein Flugzeugträger, eine Einheit von Bomberflugzeugen und 2500 Soldaten zusätzlich in die Region verlegt.

Im Gegenzug erklärte der Iran, dass er sich an Teilen des Atomab-

kommens nicht mehr halten wird und seine diesbezüglichen Aktivitäten schrittweise wieder hochfahren wird.

In der der Nähe der Straße von Hormus, der Engstelle für den Öltransport aus dem Persischen Golf, kam es mehrmals zu etwas rätselhaften Beschädigungen von Schiffen.

Die USA meldeten den Abschuss einer iranischen Drohne, der Iran erklärte, dass er keine seiner Drohnen vermisste.

Die Spannungen gipfelten im Abschuss einer US Aufklärungsdrohne, die nach iranischer Darstellung den Luftraum des Landes verletzt hat. Ein bereits von ihm bewilligter Vergeltungsschlag der Amerikaner ist anscheinend in letzter Minute von Präsident Trump wieder abgebrochen worden.

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

Der Konflikt USA-Iran	1
In eigener Sache, Impressum	2
Die EU – Beiträge zu einer linken Strategie	13
Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg	16
Brexit, die letzte?	19
Rezensionen:	
Die Wunde, die sich nicht schließt	20
Räte in München	22

## In eigener Sache

Weltpolitisch halten die Spannungen an, verharrt vieles im Schwebezustand – nicht auszudenken, ob daraus Unheil oder Kompromisse entstehen. Schaukelt sich der von Trump herbeigeführte Handelskrieg zwischen den USA und der VR China noch weiter hoch zum Finanzkrieg? Kommt es zu stärkeren Konfrontationen zwischen Kolumbien und Venezuela, zum Nordkorea-Deal? Der Syrien-Krieg ist nicht zu Ende und die Türkei setzt in Nordsyrien ihre Interessen unter Bruch des Völkerrechts durch. Doch am gefährlichsten sind Aufmarsch und Streit in der Straße von Hormus. Besonders die USA, Israel und Saudi-Arabien möchten die Macht und den Einfluss des Iran ein für allemal beschneiden. Mit dieser gegenwärtig brisanten Lage befasst sich ein Artikel, der auch Einblick gibt in die innere Verfasstheit Persiens.

In der Sommer Nummer der Arsti haben wir den ersten Teil des EU-Artikels abgedruckt, der sich mit der Geschichte und der Situation in der EU befasst hat. Nun widmen wir uns linken Strategien, die sich mit der EU befassen, und durchleuchten sie.

Aus dem Chaos in Großbritannien berichtet unser Genosse aus England, wo die politische Zersplitterung weit über die Brexit-Frage hinausgeht. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen berühren nicht nur Großbritannien, sondern auch die EU. Dazu kommt die Verschuldungskrise in Italien, die auch mit der Bildung einer neuen

Regierung ungelöst bleibt. Ob diese die wirtschaftliche Krise eindämmen kann und ob sie dem Sog von rechts etwas entgegenzusetzen hat, ist äußerst fraglich. Ein Sommer, der bewiesen hat, dass die Klimakatastrophe so nicht aufzuhalten ist, hat natürlich auch politisch seine Auswirkungen. Der Ausgang der Europawahl hat es mit der beträchtlichen Zunahme der Wählerstimmen für die Grünen bereits gezeigt. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg, beides Länder, in denen die Grünen vorher schlecht abgeschnitten hatten, konnten sie ihren Stimmenanteil steigern. Doch bei der „Parteiumsortierung“ kann sich noch manches ändern, wenn die einzelnen Parteien an die „Verteilung“ der Kosten gehen, um die nötigen Maßnahmen durchführen zu können. Vorerst sitzt der Schock über die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen in Ostdeutschland tief. Das betrifft vor allem den starken Zuwachs der AfD auf Kosten der sogenannten „Volksparteien“, wo die SPD an den Rand des Abgrunds geriet. Viele Wählerinnen und Wähler glaubten ihr nicht mehr, dass sie etwas ändern würde an ihren Benachteiligungen und am Verlust ihrer Lebensperspektive. Die Partei Die Linke konnte die Protestwähler nicht mehr überzeugen und erhielt eine schlimme Niederlage. Ein Genosse aus Dresden geht näher auf die Befindlichkeiten der ostdeutschen Wähler ein und schildert die dortige Lage, die immer noch geprägt

wird von den Verwerfungen, mit denen der Anschluss 1990 vollzogen wurde.

Zwei Rezensionen runden diese Nummer der Arsti ab.

**Unsere Jahreskonferenz findet heuer am 26. und 27. Oktober wieder in Nürnberg statt. Voraussichtliche Themen sind: Innenpolitik, Gewerkschaften, Kriegsgefahr (Iran, China), und die Wahlen in Österreich und der Brexit.**



Wir bedanken uns für die Überweisungen, besonders bei den Spendern über das ABO hinaus. Wir brauchen weiterhin eure Unterstützung!

### Impressum:

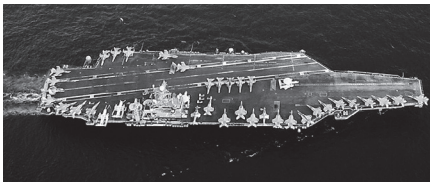
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
M. Derventli, Bucherstr. 20  
90408 Nürnberg  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.  
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach  
910307 90261 Nürnberg  
redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger  
Postbank München  
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Es bestand offensichtlich die Gefahr eines sich Aufschaukeln von Provokation und Gegenprovokation zu einer wirklich großen kriegerischen Auseinandersetzung bzw. es stellte sich die Frage ob die USA nicht bewusst auf einen Krieg hinsteuerten. Das Absagen des Vergeltungsschlags hat gezeigt, dass zumindest Präsident Trump nicht gezielt die große Konfrontation, also einen offenen Krieg, mit dem Iran sucht.

Mit der Abwendung vom Atomabkommen hat die US-Politik eine markante Änderung im Vergleich zu der von Obama verfolgten Politik im Nahen Osten vollzogen. Teil dieser Umorientierung ist auch ein (noch engerer) Schulterschluss mit Israel und mit Saudi-Arabien. Die USA vollzogen diesen Schritt, obwohl der Iran sich, nach dem übereinstimmenden Urteil von IAEA (Internationale Atomenergie-Organisation) und anderer Institutionen, exakt an die Bestimmungen des Abkommens gehalten hat. Das Abkommen hat also so funktioniert wie vereinbart. Der Konfrontationskurs ist damit allein durch die USA zu verantworten.

### Die USA, der Iran und sein Atomprogramm

Der Iran gehört zu den Ländern, die zwar formal nie Kolonien waren, aber trotzdem lange unter imperialistischer Kontrolle standen und entsprechende Einmischungen hinnehmen mussten. Zuerst war es vor allem der britische Imperialismus, in Konkurrenz zum zaristischen Russland, der den größten Einfluss im Iran hatte. Spätestens aber nach dem Sturz des damaligen Ministerpräsidenten Mossadegh 1953 und der Etablierung des jungen Mohammed Reza Pahlavi als neuen Schah, waren die USA die führenden imperialistische Kraft. Der Iran unter dem Schah war lange Jahre ein fester Bestandteil des US-Bündnissystems in der Region.

Nach dem Sturz des Schahs und der sich darauf etablierenden „islamischen Republik“ kam es zu einem

radikalen Kurswechsel. Die Politik des neuen Iran zeigte einen klaren anti-imperialistischen Zug mit einer eindeutigen Frontstellung gegen die frühere Hegemonialmacht USA (USA als „großer Satan“, Affäre der Besetzung der US-Botschaft in Teheran vom November 1979 bis Januar 1981). Im Gegenzug schwenkten die USA zu einer Politik der Destabilisierung und Bekämpfung des neuen Regimes, das jetzt als feindliche Macht eingestuft wurde. Materialisiert hat sich dies z.B. durch die Unterstützung, die die USA Saddam Hussein im Hintergrund gewährten, bei seinem Krieg gegen den Iran (erster Golfkrieg 1980 bis 1988, allerdings war Saddam Hussein bekanntlich nicht erfolgreich, der

schungsreaktor. 1968 trat der Iran dem Atomwaffensperrvertrag bei. In den 70er Jahren wurden weitreichende Pläne zur Nutzung der Atomkraft für die Stromerzeugung entwickelt (bis 1992 sollten 15% des Stromes aus Atomkraftwerken stammen). Dabei war die Etablierung des vollen Brennstoffzyklus (Urananreicherung, Produktion der Brennelemente, Wiederaufbereitung) angedacht. Neben den USA kooperierten auch andere Länder bei diesen Plänen, insbesondere Frankreich und Deutschland. 1974 wurde ein Vertrag mit der Kraftwerk-Union AG (Siemens) über den Bau des Atomkraftwerks Buschehr abgeschlossen.

Durch den Sturz des Schah 1979



US-Präsident Richard Nixon und Schah Reza Pahlavi

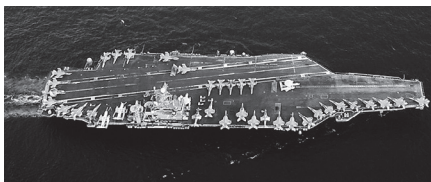
Iran konnte sich, wenn auch nur unter großen Verlusten, behaupten und seine territoriale Integrität verteidigen). Auch wenn dann einige Zeit später Saddam Hussein zum noch größeren Schurken erklärt wurde, der Iran verblieb für die USA auf der Liste der Schurkenstaaten.

Einer der Hauptvorwürfe, die dem Iran in der Folgezeit von westlich, imperialistischer Seite gemacht wurden, bezog sich auf sein Atomprogramm. Die Vorwürfe gipfelten in der Anschuldigung nach Atomwaffen zu streben.

Das Atomprogramm des Iran begann bereits 1959 (also unter dem Schah). Damals selbstverständlich mit Unterstützung der Amerikaner. Unter Präsident Eisenhower schenken die USA der Universität Teheran einen Forschungsreaktor. 1967 lieferten die USA einen weiteren For-

und den ersten Golfkrieg wurden diese Arbeiten und Pläne unterbrochen. Erst ab 1990 begann der Iran wieder sich verstärkt mit der Atomtechnologie zu beschäftigen. Er musste sich dabei neue Partner suchen, denn die westlichen Staaten waren aus der Zusammenarbeit ausgestiegen. So wurde 1995 ein Vertrag mit Russland zur Fertigstellung des Atomkraftwerks von Buschehr geschlossen. 2010 wurde der Bau offiziell abgeschlossen und das Kraftwerk liefert seit 2011 Strom.

Nach und nach errichtete der Iran eine Reihe von atomtechnischen Anlagen. Nach offiziellen Angaben dienen diese ausschließlich zivilen Zwecken. Der Iran verweist dabei immer auf den Umstand, dass Atomwaffen laut einer Fatwa des religiösen Oberhaupt Ali Chamenei verboten seien



(auch von Ayatollah Chomeini gebe es entsprechende Aussagen). Atomwaffen seien der „islamischen Republik“ also aus ganz grundsätzlichen religiösen Gründen nicht erlaubt. Außerdem wird die Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag betont und auf die traditionelle Befürwortung einer Atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten durch den Iran verwiesen.

Der Iran hat aber immer auf sein Recht bestanden, gemäß Atomwaffensperrvertrag die Atomkraft zu friedlichen Zwecken zu nützen und seine Absicht betont, das auch im größeren Umfang wahrzunehmen. Das schließt mit ein, die dazu notwendige Technologie zu entwickeln und selbstständig darüber zu verfügen. Jede Sonderbehandlung wird entschieden abgelehnt, da dafür im Atomwaffensperrvertrag keine rechtliche Basis besteht.

Demgegenüber wurde von westlicher Seite immer wieder der Verdacht vorgebracht, der Iran arbeite an der Atombombe. Ein entsprechender Verdacht wurde z.B. auch von dem angesehenen amerikanischen Journalisten Seymour Hersh geäußert, der gestützt auf Geheimdienstmaterial 2002 berichtete, dass der Iran Atomanlagen unterhalte die er vor der Kontrolle der IAEO verberge. 2003 unterzeichnete der Iran das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag, das der IAEO erweiterte Kontrollrechte einräumt. Die Tatsache, dass die Ratifikation des Zusatzprotokoll nicht kurz nach der Unterzeichnung erfolgte, sondern anscheinend verschleppt

wurde, führte zu weiteren Verdächtigungen der Iran unterhalte geheime Atomprogramme.

Nach der Wahl von Mahmud Ahmadinedschad zum Präsidenten (2005) kam es zu einer Verhärtung der iranischen Position. Der damalige Unterhändler in Atomfragen Rohani (der jetzigen Präsident) wurde abberufen. Die Verhandlungen stockten, aus westlicher Sicht gab es provokante und zweideutige Äußerungen von Ahmadinedschad und anderen Vertretungen des Regimes. Die westliche Propaganda gegen den Iran gewann an Schärfe.

In dieser Situation konnten die westlichen Länder, aus ihrer Sicht, einen Erfolg verbuchen. Es gelang ihnen eine breitere internationale Unterstützung für ihre Positionen zu gewinnen. Im Februar 2006 wurde auf Betreiben der westlichen Staaten im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde mit einer deutlichen Mehrheit, 27 von insgesamt 35 Stimmen, eine Resolution verabschiedet, die forderte, dass der Iran:

1. die „vollständige und anhaltende Aussetzung aller Aktivitäten auf dem Gebiet der Anreicherung und der Wiederaufarbeitung inklusive der Forschung und Entwicklung hierzu“ zusichert und dies von der IAEO kontrollieren lässt,
2. „den Bau eines mittels Schweren Wasser moderierten Reaktors überdenkt“,
3. „das Zusatzprotokoll [zum Atomwaffensperrvertrag] unverzüglich ratifiziert und voll umgesetzt“ und
4. „bis zur Ratifikation fortfährt, in Übereinstimmung mit den Vorgaben des vom Iran am 18. Dezember 2003 unterzeichneten Zusatzprotokolls zu handeln“.

Ferner wird der Generaldirektor der IAEO in der Resolution angewiesen über die Umsetzung dieser

Resolution Bericht zu erstatten und diesen Bericht dem UN-Sicherheitsrat zuzuleiten.

Da der Iran diese Resolution zurückwies und stattdessen ankündigte mit der industriellen Urananreicherung zu beginnen, beschloss der Sicherheitsrat im März 2006 mit der Resolution 1696 dem Iran die Erfüllung der IAEO Resolution vorzuschreiben (rechtlich verbindlich in seiner Interpretation) und da der Iran dem nicht nachkam, im Dezember 2006 mit der Resolution 1737 erste wirtschaftliche Sanktionen gegen den Iran. Die Sanktionen des UN Sicherheitsrat wurden im weiteren Verlauf bis 2010 durch drei weitere Beschlüsse mehrmals verschärft. Die USA, die EU und andere Länder implementierten gemäß der UN-Beschlüsse eigene Sanktionsmaßnahmen.

Das bemerkenswerte an dieser Entwicklung war, dass die westlichen Staaten Russland und China, als ständige Mitglieder des Sicherheitsrats, zur Zustimmung gewinnen konnten und die beiden Länder in den Verhandlungen mit den Iran (Konzept 5+1, die 5 ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats + Deutschland) mit einbinden konnten. Der Iran war also in dieser Frage weitgehend isoliert.

In den Jahren nach 2006 fanden zwar immer wieder Gespräche zwischen den 5+1 und dem Iran statt, aber ohne wesentliche Annäherung der Positionen oder gar greifbaren Ergebnissen. Die Gespräche wurden dabei mehrmals für gescheitert erklärt, dann doch wieder aufgenommen und wieder unterbrochen.

Inzwischen baute der Iran sein Atomprogramm weiter aus, errichtete neue Anlagen und nahm immer mehr Zentrifugen zur Urananreicherung in Betrieb. Andererseits gab es

## Will oder wollte der Iran die Atombombe?

Der Iran hat immer mit Nachdruck erklärt, dass er keine Atomwaffen anstrebt. Offizielle Erklärungen sind die eine Seite, decken sich aber nicht immer mit der Realität. Man kann also schon die Frage stellen, ob der Iran beabsichtigte oder vielleicht immer noch beabsichtigt eine eigene Atombombe zu bauen.

Wie immer bei solchen Fragen, die sich auf verborgenes Handeln bezie-

hen, ist es fast unmöglich eine eindeutige und in jeder Beziehung klare Antwort zu bekommen. Beide Seiten arbeiten mit gezielten Informationen und Desinformationen und in diesem Gestrüpp sind die Fakten schwer zu erkennen.

Bei aller Vorsicht lässt sich trotzdem festhalten. Der Iran hat keine Atomwaffen und hatte nie Atomwaffen. Er hatte mit großer Wahrschein-

lichkeit auch nie eine ausreichende Menge an hoch angereichertem Uran bzw. Plutonium, um damit Bomben zu bauen. Spätestens mit der Einwilligung in JCPOA ist auch klar geworden, dass die oberste Führung im Iran für absehbare Zeit die Entwicklung von Atomwaffen nicht anstrebt.

Das schließt nicht aus, dass es im Iran Fraktionen gab (und vielleicht immer noch gibt) die für eine andere Entscheidung stehen.

Sabotageversuche, z.B. das Computervirus Stuxnet, das iranische Anlagen lahmlegen sollte (2010). Des Weiteren kam es zu Mordanschlägen gegen mindestens 5 iranische Wissenschaftler, die am Atomprogramm beteiligt waren (2010, 2011 und 2012). Auch wenn diese Anschläge nicht vollständig aufgeklärt sind, die iranischen Beschuldigungen an israelischen und anderen westlichen Geheimdienste dafür verantwortlich zu sein, sind nicht ganz unglaubwürdig. Auch in früheren Jahren hatte es schon einige mysteriöse Todesfälle bei iranischen Atomwissenschaftler gegeben.

Im April 2012 wurden wieder Verhandlungen im 5+1 Format aufgenommen. Nach der Wahl von Hassan Rohani zum Präsidenten zeichneten sich in Verhandlungen ab 2013 größere Fortschritte ab und am 14. Juli 2015 wurde dann in Lausanne ein Ergebnis erzielt.

## Das Atomabkommen

Das Ergebnis nennt sich „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA, etwa: *gemeinsamer umfassender Plan für das Vorgehen*). Der „gemeinsame Plan“ bezieht sich auf die Kontrolle des iranischen Atomprogramms bis 2025 und auf die Gegenleistungen dafür, die wichtigsten Bestimmungen sind:

- Reduzierung der etwa 19 000 Zentrifugen auf 6104,
- Uran für mindestens 15 Jahre nicht über 3,67 % anzureichern,
- den Bestand von niedrig angereicherten Uran von 10 000 kg auf 300 zu reduzieren,
- in der Anlage Forbo (die unterirdisch ist) bis 2030 keine Anreicherung

vorzunehmen und zweidrittel der Zentrifugen abzubauen,

- Umbau des mit schweren Wasser moderierten Reaktor in Arak, so dass dort kein Plutonium produziert werden kann,
- der Iran verpflichtet sich, seine Atomanlagen und alle damit im Zusammenhang stehenden oder auch nur vermutlich für sein Atomprogramm benutzten Anlagen kontrollieren zu lassen, was insbesondere auch einschließt, internationalen Inspektoren Zugang zu militärischen Objekten zu gewähren.

Im Gegenzug werden die gegen Iran praktizierten Sanktionen schrittweise aufgehoben, deren Rechtsgrund das vom UN Sicherheitsrat



verurteilte Atomprogramm ist. Das heißt, Sanktionen die aus anderen Gründen verhängt worden sind, werden nicht zwingend aufgehoben.

Der JCPOA ist kein „normaler“ völkerrechtlicher Vertrag. Er bedurfte deshalb auch nicht der Ratifizierung

durch den amerikanischen Senat. Seine völkerrechtliche Verbindlichkeit erhielt der Plan durch den Beschluss des UN Sicherheitsrat vom 20. Juli 2015 (Resolution 2231) in der das vereinbarte gemeinsame Vorgehen rechtsverbindlich festgestellt wurde, die UN Sanktionen gegen den Iran aufgehoben wurden und die alle Staaten aufgefordert wurden, eigene Maßnahmen und Sanktionen ebenfalls aufzuheben.

Der Sicherheitsrat kommt damit auf seinen Beschluss von 2006 (Resolution 1996) zurück, der jetzt, da sich der Iran an die in der IAEO Resolution gemachten Vorgaben halten will, praktisch wieder aufgehoben wird.

Ein weitere Grund für diese Konstruktion war aber auch der anhaltende Widerstand der Republikaner im US-Senat gegen das Verhandlungsergebnis, der eine Ratifizierung mit großer Wahrscheinlichkeit unmöglich gemacht hätte. Andererseits hatten die Republikaner aber auch keine ausreichende Mehrheit, um Präsident Obama das gewählte Vorgehen über die UNO zu verbieten. Dazu hätten sie ein Veto des Präsidenten überstimmen müssen.

Genaugenommen konnte Trump deshalb auch gar nichts aufkündigen, weil JCPOA kein Abkommen mit einer Kündigungsmöglichkeit ist. Mit der einseitigen und wegen der Vertragstreue des Iran grundlosen Verhängung von neuen Sanktionen verstoßen die USA aber gegen die Resolution des Sicherheitsrat, die sie selbst mit herbeigeführt haben.

Unter Obama wurde eine Neujustierung der Politik gegenüber dem Iran (und damit indirekt auch gegen Saudi Arabien) versucht. Es gab den

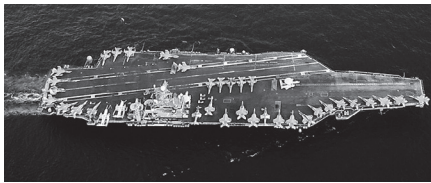
Es ist denkbar, dass das Atomprogramm auch dazu dienen sollte bzw. soll, die einschlägige Technologie soweit zu entwickeln, dass ein relativ schneller Einstieg in die Atomwaffenproduktion möglich wäre, falls die entsprechende politische Entscheidung fällt (was aber bisher nicht der Fall war).

Wenn das Atomabkommen endgültig scheitert und der Druck auf den Iran weiter und dauerhaft zunimmt, ist nicht auszuschließen,

dass die Entscheidung gegen eine Atombewaffnung wieder in Frage gestellt wird.

Bei der Einschätzung des iranischen Atomprogramms darf man folgendes nicht vergessen. Die zunehmend kritische Einschätzung und Ablehnung jeder Art von Atomtechnologie, wie sie sich bei uns in Deutschland seit Jahrzehnten entwickelt hat, gibt es nicht überall. Es gibt auch Länder und Kulturen in denen Atomkraftwerke und Atom-

technologie mit Fortschritt und einer besseren Zukunft in Verbindung gebracht werden. Diese Länder reagieren deshalb entsprechend allergisch auf allen echten oder vermeintlichen Einmischungsversuchen, die sie von dieser Technologie fernhalten wollen, und lehnen das als Bevormundung und Diskriminierung heftig ab. Mit solchen Überlegungen lässt sich auch die relative Popularität des Atomprogramms in der iranischen Bevölkerung erklären.



Ansatz, die Konfrontation mit dem Iran allmählich abzuschwächen und vielleicht langfristig eine Normalisierung der Beziehungen anzustreben.

Auch wenn die wirklichen Absichten der Obama Administration nicht direkt offengelegt wurden, kann man aber davon ausgehen, dass folgende Punkte dabei eine Rolle gespielt haben:

- Die bisherige Politik der Feindschaft und der Isolierung hat nicht verhindert, dass sich das islamistische Regime an der Macht behauptete und der Iran seinen Einfluss in der Region stetig ausbauen konnte. Ironischerweise haben die USA durch den Sturz Saddam Husseins und der dadurch ausgelösten Veränderungen im Irak, selber zu diesem Einflussgewinn des Iran beigetragen.
- Durch die Ablösung von Präsident Ahmadedschad und der Stärkung des pragmatischen Flügels um Rohani, gab es im Iran einen Ansprechpartner, der zu Vereinbarungen bereit war. Sicher gab es bei der US Regierung auch die Absicht bzw. die Hoffnung, durch das Abkommen diesen pragmatischen Flügel zu stärken und damit die Basis für etwaige weitere Übereinkommen in der Zukunft zu schaffen.
- Vielleicht hat auch eine kritische Einschätzung der zukünftigen Entwicklung in Saudi Arabiens eine gewisse Rolle gespielt. Sollte dieses Land wegen der inneren Widersprüche in eine politische Krise geraten, wäre ein Ausfall als zuverlässiger Verbündeter der USA denkbar. Die USA hatten ja eine solche Erfahrung bereits mit dem Sturz des Schah gemacht.

Wie dem auch sei, unter Trump wurden diese vorsichtigen Ansätze nicht weiterverfolgt. Die Front der Gegner des Atomabkommen hat sich

durchgesetzt. Zu Ablehnungsfront gehören neben vielen republikanischen Abgeordneten und Senatoren, auch Israel (genauer die Regierung Netanjahu) und Saudi Arabien. Während unter Obama gelegentlich eine gewisse Distanz zu den Positionen dieser beiden Verbündeten sichtbar wurde, ist eine solche unter Trump nicht mehr erkennbar (nicht nur was das Verhältnis zum Iran betrifft).

### **Dank Erdöl eine regionale Macht: Saudi-Arabien**

Die arabischen Golfmonarchien und speziell Saudi-Arabien sind traditionell Verbündete der USA. Hier treffen sich die gemeinsamen Interessen an der Ausbeutung der Öl-



Vorkommen und geopolitisch an der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft auf Seiten der arabischen Staaten und des Einflusses ja der Dominanz in der Region auf Seiten der USA. Die arabischen Golfstaaten kann man als kapitalistische Länder einstufen. Allerdings ist es ein spezieller Kapitalismus, der im wesentlichen auf den Renten-Einkommen aus der Erdölförderung basiert und weniger auf der Produktion von (sonstigen) Waren. Diese ökonomische Basis steht im Widerspruch zum traditionell gebliebenen Überbau. Deutlich ist dies in Saudi-Arabien. Der Überbau besteht eigentlich noch auf Stammesstrukturen einer Beduinen-Gesellschaft, kombiniert mit einer besonders konservativen Auslegung des Islams (Wahabismus). Seit langem besteht ein enges Bündnis mit den USA. Ein Bündnis mit der führenden kapitalistischen

Macht ist für die saudische herrschende Klasse sinnvoll, weil erhebliche Teile ihres aus den Öleinnahmen angehäuften Vermögens in den USA und ganz allgemein in der kapitalistischen Welt investiert sind. Die herrschende Klasse in Saudi Arabien ist, ungeachtet ihrer Herkunft (Beduinen, konservativer Islam) und der ursprünglichen Quelle ihres Reichtums (Rentenbezüge auf Erdöl) ein Teil der international agierende Kapitalistenklasse geworden.

Natürlich ist ein Teil des Kapitals auch im Lande selbst investiert, allerdings besteht ökonomisch und sozial eine spezielle Situation. Denn die arbeitenden Schichten sind zu einem erheblichen Teil keine Saudis und als Ausländer von diskriminierenden Gesetzen und Regeln betroffen. Bei qualifizierten Tätigkeiten haben die Ausländer eher den Status von Bürgern zweiter Klasse, unqualifizierte Arbeiter sind oft einer brutalen Ausbeutung ausgesetzt bis hin zu sklavenähnlichen Zuständen.

Der Widerspruch zwischen kapitalistischer, in den Weltmarkt integrierter Basis und diesen Überbau (Absolute Monarchie, diskriminierende Rechtsstellung der Frauen, Benachteiligung der Ausländer, die den Großteil der produktiven Arbeit leisten) verursacht eine latente Instabilität dieser Länder. Denn das Ziel der Herrschenden ist ja nicht einfach eine Weiterentwicklung des Staates Saudi-Arabien, sie wollen vor allem ihre (absolute) Herrschaft erhalten. Noch kann vieles durch Geldzahlungen kaschiert werden, was aber, wenn die Geldquellen nicht mehr so reichlich fließen? Das Wissen bzw. das Gefühl dieser Instabilität provoziert bei den Herrschenden die Gegnerschaft und das brutale Vorgehen gegen alles, was als echte oder vermeintliche Gefährdung des Status quo wahrgenommen wird. Dabei ist es letztlich egal aus welcher Richtung die Kritik kommt, wie die Ermordung des liberalen Kritikers Khashoggi gezeigt hat.

Auch wenn manche davon mehr Flexibilität zeigen, im Prinzip trifft



diese Beschreibung mehr oder weniger auch auf die anderen arabischen Golfstaaten zu. Speziell in Saudi Arabien scheint man aber auf politischen Gebiet nur Unterwerfung oder brutale Repression zu kennen.

Wegen seiner Größe und seines Reichtums erhebt Saudi Arabien den Anspruch eine regionale Führungsmacht zu sein. Mit seinen Geldmitteln nimmt es auf vielfältige Weise Einfluss. In den letzten Jahren kommen auch vermehrt militärische Mittel zum Einsatz. Feindbilder sind besonders der Iran und die Muslimbrüder, die beide „revolutionärer“ Umtriebe beschuldigt werden. Nur die wichtigsten Aktionen bzw. Einmischungen der letzten Jahre:

- Finanzierung (im Detail ziemlich undurchsichtig) von diversen islamistischen Gruppen im syrischen Krieg,
- Unterdrückung der Opposition im Bahrain (auch mit militärischen Mitteln),
- massive Unterstützung von Al-Sisi in Ägypten (nach der putschartigen Absetzung des gewählten Muslimbruder Mohammed Mursi)
- Boykott und Isolierung von Katar, dem Unterstützung der Muslimbrüder vorgeworfen wird,
- und insbesondere die Militärintervention im Jemen, wo angeblich gegen iranische Umtriebe gekämpft wird. Dabei sind die Huthis offensichtlich eine weit in die Geschichte zurückreichende lokale gesellschaftliche (und militärische) Kraft, deren Existenz nichts mit dem Iran zu tun hat. Was nicht ausschließt, dass die Huthis nach dem Prinzip „meines Feindes Feind ist mein Freund“ vom Iran bzw. dessen Verbündeten wie der libanesischen Hisbollah eine gewisse Unterstützung erhalten, auch wenn der Iran es dementiert. Der Jemen Krieg wird von der UNO als die zur Zeit „größte humanitäre Katastrophe der Welt“ bezeichnet.

Der Versuch von Saudi-Arabien durch mehr oder weniger weltweite finanzielle Unterstützung von konservativen bis extrem konservativen

islamischen Kräften stabilisierende Strukturen aufzubauen ist bereits mehrmals gescheitert. Viele der geförderte Gruppen ließen sich auf Dauer nicht kontrollieren, sondern entwickelten ihre eigene Agenda. Am spektakulärsten war das vielleicht beim sogenannten „Islamischen Staat“ zu sehen.

### Der regionale Konkurrent: Iran

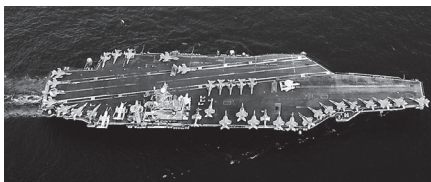
Der Iran war nie eine Beduinen-Gesellschaft, Städte mit Handwerkern und Kleinbetrieben waren auch in der länger zurückliegenden Vergangenheit typisch für den Iran. Auch nach dem Sturz des Schah war es das Ziel, darauf aufbauend, eine eigenständige und auf breiterer Basis ruhenden wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen. Natürlich nimmt dabei die Erdölwirtschaft eine führende und dominierende Position ein. Aber in viel stärkeren Ausmaß als in den arabischen Golfstaaten konnten die mit der Erdölförderung verdienten Mittel zum Aufbau einer eigenen Industrie eingesetzt werden. In den vergangenen Jahrzehnten hat im Iran eine Industrialisierung stattgefunden. Außer der Erdölindustrie gibt es auch andere Industriezweige von erheblicher Bedeutung z.B. Stahlerzeugung (Anstieg der Stahlproduktion von 0,55 Millionen Tonnen 1980 auf 14,5 Millionen Tonnen 2012), Aluminiumherstellung, Produktion von Baustoffen wie Zement (der Iran ist der viertgrößte Zementhersteller weltweit) und eine Automobilindustrie (auf Lizenzbasis, mit 2010 rund 500 000 Beschäftigten und der Produktion von 848 000 PKW und 141 000 Nutzfahrzeugen). Neben der Großindustrie, die meist staatlich ist oder zumindest staatlich beeinflusst, gibt es vielfältige private Klein- und Mittelbetriebe, die meist Konsumgüter herstellen z.B. Textilien. Die Landbevölkerung bildet dabei das Arbeitskräfte Reservoir für Industrie und Gewerbe. Im Iran ist durchaus eine zahlenmäßig nennenswerte Arbeiterklasse entstanden, 25% der Beschäftigten sind in der Industrie tätig. Natürlich wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch die diversen Sanktionen ständig behindert. Die Konfrontation mit den USA und ihren Verbündeten erzwang dabei oft eine wirklich eigenständige

und unabhängige Entwicklung, was durchaus auch den Willen der Staatsführung entsprach.

Die „islamische Republik“ Iran nimmt eine Zwischenstellung ein. Einerseits ist sie aus einem Kampf gegen den inländischen Vertreter und Verbündeten des Imperialismus entstanden und hat seine Politik mit einer Stoßrichtung gegen den Imperialismus versehen, andererseits bleibt sie ideologisch durch ihren starken Bezug auf den (schiitischen) Islam und durch die prominente Präsenz der Geistlichkeit in Politik und Staatsführung auch konservativen bis reaktionären Vorstellungen verhaftet. Es geht schon um die Befreiung von imperialistischer Bevormundung, um eine eigenständige Entwicklung des Landes, der anti-Imperialismus ist keinesfalls nur Rhetorik. Aber der Islamismus (als Islamismus werden in diesen Artikel Ideologien bezeichnet, die postulieren, dass Staat und Gesellschaft sich nach den Regeln des Islam auszurichten haben und die verbindliche Interpretation der Regeln Religionsgelehrten vorbehalten ist) stellt auch ein Korsett für die gesellschaftliche Entwicklung dar, was vielfältige Widersprüche produzieren kann und produziert.

Die Interpretation des Islams ist im Iran eine andere als in Saudi Arabien. Was weniger mit der bei uns vorherrschenden Einteilung in konservative oder liberalere Kräfte bzw. Reformen zu erklären ist. Die Unterschiede gehen letztlich auf die unterschiedliche gesellschaftliche Situation in den beiden Ländern zurück. Die iranische Gesellschaft hat in ihrer Geschichte (schon seit dem 19. Jahrhundert) eine viel größere Ähnlichkeiten mit einer bürgerlichen Gesellschaft entwickelt. Auch unter der Dominanz des Islam gibt es im Iran deutliche Parallelen zu einer typischen bürgerlichen Gesellschaft. Die iranische Geistlichkeit ist nicht einfach und schon gar nicht ausschließlich als reaktionär einzuschätzen. Auch die Mullahs wollen den Iran modernisieren.

Der Islamismus im Iran ist in gewisser Hinsicht eine Ideologie des Klassenkompromisses. Durch den Rückgriff auf die inländischen und ureigenen Elemente des Islams kann eine anti-westliche und anti-imperialistische Richtung ausgedrückt wer-



den. Er legitimiert die Vorherrschaft der führenden Schichten (Geistlichkeit, traditionelle Bourgeoisie und neue sich entwickelnde industrielle Bourgeoisie). Die traditionellen Elemente des Islams binden, die von einem sozialen Umbruch betroffene Landbevölkerung ein. Für die Schichten der Lohnabhängigen hat er das Angebot eines sozialen Ausgleichs gemäß den islamischen Gerechtigkeitsvorstellungen zu bieten, ohne aber die führende Stellung der besitzenden Klassen infrage zu stellen. Die islamischen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit schließen bekanntlich Gewinnstreben nicht aus und sind deshalb keine Schranke für eine kapitalistische Entwicklung. Es gibt Wohltätigkeit und eine gewisse soziale Absicherung. Aber so etwas wie konsequente Interessenvertretung durch Gewerkschaften oder gar Klassenkampf ist in der islamischen Republik nicht vorgesehen. Dementsprechend wurden und werden linke und sozialistische Gruppen auf das Härteste bekämpft, bis zu physischen Vernichtung.

Die „islamische Republik“ hat sich eine Verfassung gegeben, die durchaus die Legitimierung der Staatsorgane durch Wahlen kennt. Der Spielraum ist zwar eng gezogen, es werden nur „islamische“ Kandidaten zugelassen. Der sogenannte Wächterrat hat die Aufgabe das zu überwachen und schließt alle Kandidaten von Wahlen aus, die als nicht Regime tragend eingestuft werden. Aber innerhalb des Regimes gibt es eine demokratische Konkurrenz mit Wahlentscheidungen, die vermutlich normalerweise nicht gefälscht sind.

In das Modell der „Islamischen Republik“ lässt sich auch der iranische Nationalismus integrieren. Spannungen und Konkurrenz zwischen den Ideologien Islamismus und Nationalismus sind damit nicht ausgeschlossen. Nationalistische Bestrebungen haben im Iran schon eine längere Tradition. Typisch ist die Berufung auf die sehr lange, auch die vorislamische, Geschichte dieses Landes und auf die persische Spra-

che und Kultur. Der Nationalismus unterstützt die angestrebte eigenständige und selbstständige Entwicklung. Gemäß den historischen Erfahrungen sieht man dabei einen Gegensatz zu äußeren Feinden und Gegnern und weniger zwischen inneren Klassen. Ein nationalistisches Ziel ist auch, das auch Anstreben einer regionalen Führungsposition. Der persische Nationalismus ist dabei nicht frei von chauvinistischen Elementen (z.B. gegen Arabern).

Nicht leicht zu beurteilen ist, wieweit der oben beschriebene Klassenkompromiss noch trägt und für die Gesellschaft zukunftsfähig ist. Widersprüche und Probleme sind leicht zu erkennen. Z.B. gibt es gebildete Schichten und ein großstädtische Bürgertum in beachtlicher Größe, das seine Schwierigkeiten mit den religiösen Vorschriften hat. Das Kopftuchgebot für Frauen, die strikte Geschlechtertrennung bei Veranstaltungen, wie etwa Fußball, sind nur zwei davon, die ständig Reibereien verursachen, weil sich die Menschen eingeeignet und bevormundet fühlen. Im privaten Kreis oder im geheimen werden solche Gebote, auch das Alkoholverbot, sehr oft übertreten. Die Behörden schwanken willkürlich zwischen faktischer Duldung durch nicht so genaues Hinschauen, gelegentlich etwas großzügigere Auslegung der Vorschriften und wiederholten Kampagnen zu deren strengen Durchsetzung.

Großer Unmut herrscht über die anscheinend weitverbreitete Korruption und die Günstlingswirtschaft, beides widerspricht natürlich den propagierten islamischen Gerechtigkeitsidealen. Eine Folge dieser Missstände ist die Spaltung in eine sehr kleine Schicht sehr Reicher und der großen Zahl der Normalverdiener, oder besser gesagt Geringverdiener, und Armen, die der ständigen Inflation voll ausgesetzt sind. Laut Befragungen denkt bis zu ein Drittel der Iraner gelegentlich an Auswanderung. Wahrscheinlich würde diese in viel größeren Ausmaß stattfinden, wenn die Iraner in den gewünschten Zielländern ein Visum bekämen.

Eine Schwierigkeit bei der Beurteilung der Lage liegt darin, dass viele vorliegende Berichte sich vor allem auf die großen Städte beziehen und auf Bevölkerungsschichten, die

(europäische) Fremdsprachen beherrschen. Was davon auf das ganze Land und auf die anderen Schichten übertragen werden kann, bleibt meistens unklar.

Im Internet finden sich etliche Berichte über (wilde) Streiks und andere Aktionen von Arbeitern. Deren Forderungen beziehen sich meistens auf die Kaufkraftsicherung im Zeichen der Inflation und auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Allerdings ist aus der Ferne eine realistische Einschätzung dieser Kämpfe nicht möglich.

Seit dem Sturz des Schah wird dem Iran eine aggressive Politik vorgeworfen. Ohne Zweifel hat es nach dem Umsturz ein überaus gewaltsames Vorgehen, mit sehr vielen Todesurteilen, gegen Vertreter der alten Ordnung und potentiellen Konkurrenten um die Dominanz in der neuen Ordnung gegeben (auch gegen Linken und Kommunisten). Aber nach Außen gab es eigentlich keine Aggressivität. Im Gegenteil, der Iran sah sich bald einer kriegerischen Aggression durch den Irak Saddam Husseins ausgesetzt und konnte nur mit großen Opfern seine Integrität verteidigen. Sein Einsatz in Syrien, wie immer man diesen im Einzelnen beurteilt, erfolgt mit Zustimmung der dortigen Regierung und kann deshalb nach den geltenden Regeln nicht als Aggression eingestuft werden. (Das Bündnis Syrien Iran geht auf den I. Golfkrieg zurück, das Syrien Assads war der einzige arabische Staat, der sich dabei klar auf die Seite Irans stellte). Auch sein zunehmender Einfluss im Irak beruht nicht auf aggressiven Akten, sondern kann sich auf lokale Kräfte (Schiiten) stützen, die im Iran einen Nachbarn und den natürlichen Verbündeten sehen. Man kann davon ausgehen, dass der Iran so etwas wie eine regionale Vormacht werden will. Dabei nimmt er die Möglichkeiten war, die sich aus den bestehenden Konflikten und Widersprüchen ergeben, um seinen Einfluss zu vergrößern. Es geht nicht darum den Iran als Muster der Friedfertigkeit hinzustellen, eventuell hat er sich gelegentlich auch terroristischer Methoden bedient um Gegner auszuschalten. Es gibt im Iran einen Pluralismus an verschiedenen Richtungen und Gruppierungen, die sich in ihren Zielen und den zu ihrer





Erreichung akzeptierten Mitteln unterscheiden, darunter auch diverse „Hardliner“. Von außen ist es schwer, diese verschiedenen Interessensgruppen genau zu differenzieren und die Entscheidungsfindung zu verfolgen. Noch eine kurze Bemerkung zum häufig vorgebrachten Vorwurf, der Iran plane den Export der „islamischen Revolution“, wie im Iran der Sturz des Schah und die nachfolgenden Veränderungen genannt werden. Vielleicht gab oder gibt es Gruppen, die einen (schiitischen) Revolutionsexport beabsichtigen, in der Realität hat ein solcher aber nicht stattgefunden.

Nüchtern betrachtet kann man feststellen, durch die Kombination von anti-Imperialismus, Islam und demokratischen Elementen der Legitimierung stellt die „islamische Republik“ bereits allein durch ihre Existenz eine Herausforderung von reaktionären mit dem Imperialismus verbündeten Staaten der Region, insbesondere von Saudi Arabien, dar. Der Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten ist dabei eine Facette, die unter Umständen als Hebel benutzt werden kann, ist aber nicht der Kern der Konflikte.

### Ein weiterer Mitspieler: Israel

Im folgenden sollen nur einige Hinweise auf die Rolle Israels gegeben werden, eine Analyse, die alle Zusammenhänge, auch die mit der Palästina-Frage etc., darstellt, kann hier nicht stattfinden.

Israel ist ein wichtiger und eigenständiger Akteur in Sachen Iran, und zwar aus mehreren Gründen:

- Einmal behauptet die israelische Regierung, es bestehe eine besondere Bedrohung für seine Sicherheit und sogar für seine Existenz durch die aggressive Politik des Irans. Der Vorwurf der Atomrüstung ist dabei nur ein Aspekt der Anklagen, obwohl öfters suggeriert wird, der Iran entwickle Atomwaffen speziell um Israel zu zerstören (siehe dazu auch die Nebenartikel). Daneben werden die iranischen Aktivitäten

in Syrien, die Unterstützung für Hisbollah, Hamas und Islamischer Jihad im Gazastreifen angeprangert. Diese israelische Argumentation hat in vielen westlichen Ländern großen Einfluss auf Medien und öffentliche Meinung.

- Israel hat die militärischen Kapazitäten, um gegebenenfalls direkt im Iran einzugreifen (und behält sich das auch vor).
- In Syrien wird Israel bereits ständig militärisch aktiv. Es wird von hunderten von Einsätzen der Luftwaffe berichtet. Angeblich richten sich diese Einsätze immer gegen Teile der iranische Revolutionsgarden, die zur Unterstützung Assads in Syrien tätig sind, oder gegen die libanesische Hisbollah und besonders gegen Waffendepots von, oder (iranische)Waffenlieferung für diese.
- In den letzten Wochen gab es auch Berichte über mehrere gewaltige Explosionen im Irak, die dort Munitions- und Waffenlager von schiitischen (dem Iran nahestehenden) Milizen in die Luft fliegen ließen. Vermutlich handelt es sich dabei um israelische Sabotage.

Bemerkenswert ist, dass bisher die Angriffe in Syrien offensichtlich von Russland toleriert wurden und bisher auch keine größere iranische Reaktion ausgelöst haben. Solche Aktionen geben Israel die Möglichkeit an der Eskalationsschraube zu drehen, falls ihnen das wünschenswert erscheint.

Israel hat auch immer das Atomabkommen heftig abgelehnt und dagegen lobbyiert. Netanjahu rühmt sich seiner Freundschaft zu und seines Einflusses auf Trump. Sein Rat wird sicher darauf hinauslaufen, eine harte Linie gegen den Iran ein-

zuschlagen und eine Politik des Regimewechsels zu betreiben. Wie groß der Einfluss wirklich ist, ist eine andere Frage.

### Die Politik der neuen Sanktionen unter Trump

Wie bereits kurz erwähnt, haben die USA sich einseitig vom Atomabkommen abgewandt. Sie haben das gemacht, ohne dass der Iran in irgendeiner Form gegen die vereinbarten Auflagen verstoßen hätte, und ohne auf die Einschätzung und Interessen der anderen am Abkommen Beteiligten (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland und China) Rücksicht zu nehmen.

Das Wesentliche an den neuen Sanktionen ist, dass die USA diese extraterritorial durchsetzen wollen. Das heißt, die USA verbieten nicht nur ihren eigenen Bürgern und Unternehmen mit dem Iran Geschäfte zu machen, sondern sie wollen es auch den Bürgern und Unternehmen aller anderen Staaten verbieten. Insbesondere ist es das erklärte Ziel, den Ölexport des Iran, seine Haupteinnahmequelle, soweit wie nur möglich zu unterbinden. Die USA beabsichtigen, alle zu bestrafen, die Geschäfte mit dem Iran machen. Der Hebel für Strafmaßnahmen gegen nicht US-amerikanische „Sanktionsbrecher“ ist deren wirtschaftliche Tätigkeit in den USA oder deren dortigen wirtschaftlichen Interessen. Es drohen massive Strafzahlungen und maximal ein völliger Ausschluss aus dem US-Markt. Individuen müssen mit Verhaftung rechnen, wenn sie in die USA reisen (oder in ein Land, das deswegen an

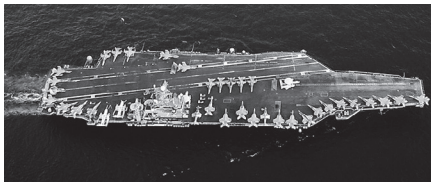
### Boltons Absetzung

Trump ist immer für eine Überraschung gut. Am 10. September teilte er, wie immer über Twitter, der Öffentlichkeit mit, dass das Engagement von Sicherheitsberater John Bolton beendet ist. Damit hat der Ober-Falke Bolton seinen Job verloren. Aber ändert sich damit auch die Politik der USA?

Auf das Thema USA/Iran bezogen wurde durch die Personalie noch etwas deutlicher, es ist nicht das Ziel direkt auf einen Krieg mit den Iran zuzusteuern und nur nach einen

passenden Vorwand zu suchen oder einen solchen zu provozieren. Trump will eigentlich keinen Krieg (was bei Bolton anders war). An der Strategie des maximalen Drucks auf den Iran hat sich aber nichts geändert. Aber was bedeutet in diesen Fall Strategie? Wird das außenpolitische Agieren Trumps wirklich von einer durchdachten Strategie angeleitet? Zweifel daran sind berechtigt, zumindest wenn man unter Strategie das versteht, was im Allgemeinen darunter verstanden wird.

Wie gesagt Trump ist immer für eine Überraschung gut.



die USA ausliefert). Durch den beherrschenden Einfluss der USA auf die Institutionen des internationalen Zahlungsverkehr, der meistens in Dollar erfolgt, kann die Abwicklung des Zahlungsverkehrs bei Geschäften mit dem Iran erheblich erschwert bis fast verunmöglicht werden.

Wenn die Sanktionen, so wie zur Zeit von den USA angekündigt, konsequent umgesetzt werden, würde das in der Realität eine erhebliche Verschärfung des Sanktionsregimes bedeuten, auch im Vergleich zu den Zuständen vor der Einigung auf das Atomabkommen. Obwohl damals die Sanktionen auf viel breiterer Basis beschlossen wurden (UN Sicherheitsrat, USA, EU und andere Länder).

Die europäischen Staaten haben wiederholt erklärt, sich dem Kurs der USA nicht anschließen zu wollen, stehen dem Geschehen aber weitgehend machtlos gegenüber. Es ist fraglich ob die Institution *Instex* (eine Art Tauschbörse, die Waren ohne Zahlungsflüsse gegenseitig verrechnet) wirklich etwas wesentliches bewirken kann. Die Politik der USA ist damit auch eine Demonstration der realen Machtlosigkeit der Europäer. Da kann der wissenschaftliche Dienst des Bundestags darauf hinweisen, dass solche extraterritorialen Sanktionen gegen das Völkerrecht verstoßen, die Regierungen trauen sich das schon nicht mehr so klar zu sagen. Wahrscheinlich gibt es bei den betroffenen europäischen

Regierungen eine starke Verärgerung über das amerikanische Vorgehen. Aber den USA wirklich Paroli bieten und auf Konfrontationskurs gehen, können und wollen sie auch nicht.

Viele Republikaner und Iranfalken haben das Atomabkommen, immer grundsätzlich abgelehnt. Ihre Kritik richtete sich dagegen, dass der Iran weiterhin nukleare Kapazitäten unterhalten kann, dass militärische Projekte wie das Raketenprogramm, die dem Iran gewissen militärischen Spielraum eröffnen, nicht im Abkommen einbezogen sind und damit nicht verboten wurden und dass der Iran auch keine Zugeständnisse bei seiner Regional- und Außenpolitik gemacht hat (z.B. Unterstützung des Assad-Regimes). Kurz sie nehmen daran Anstoß, dass der Iran sich nicht der imperialistischen Linie unterworfen hat. Die jetzt eingeschlagene Weg des maximalen Drucks auf den Iran, kann eigentlich nur zwei Ziele verfolgen: Entweder die Unterwerfung, oder einen Regimewechsel. Ein auch für den Iran akzeptabler und gesichtswahrender Kompromiss scheint nicht vorgesehen zu sein. Politikvarianten wie der Versuch die pragmatischen Kräfte um Rohani zu stärken, wurden offensichtlich verworfen. Die Strategie ist jetzt harte Konfrontation. Da es unwahrscheinlich ist, dass der Iran unter seinem jetzigen Regime sich jemals solchen Maximalforderungen unterwerfen wird, kann das eigentliche Ziel deshalb nur ein Regimewechsel im Iran sein.

Trump hat bereits im Wahlkampf gegen das Atomabkommen agitiert und dann als Präsident auch die Rückkehr zur ausgesprochen feind-

lichen Politik gegenüber dem Iran vollzogen. Wenn auch erst nach Austausch von Außenminister, Sicherheitsberater und Verteidigungsminister, die, wie zu vernehmen ist, von einem Ausstieg aus dem Atomabkommen abgeraten haben sollen. Dabei scheint aber weniger die feindselige Politik gegen den Iran, als die negativen Wirkungen auf das Verhältnis zu den europäischen Verbündeten und ähnliches die entscheidende Rolle gespielt zu haben. Mit John Bolton wurde inzwischen der absolute Iranfalk als Sicherheitsberater installiert.

Wie bei vielen anderen Themen der Trumpschen Politik ist auch hier nicht so ohne weiteres erkennbar, was letztlich für Trump selber ausschlaggebend ist. Wieweit er sich wirklich eine langfristige Strategie zu eigen gemacht hat und verfolgt, oder sich mehr an kurzfristigen Vorteilen (etwa die großen Waffenkäufe der Saudis) orientiert, was sich aus dem Entgegenkommen an innenpolitische Gefolgsleute erklärt (z.B. Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels als Geschenk für die fundamentalen Christen in den USA) bis hin zu der Frage welche Bedeutung der Selbstüberschätzung seiner Fähigkeiten als „*Dealmaker*“ zukommt. Überraschende Bedeutung hat für Trump sicher die Wirkung auf seine Kampagne zur Wiederwahl. Überraschende Änderungen bei außenpolitischen Prioritäten sind deshalb, bei allem was bisher über die interne Abläufe und Entscheidungsprozesse in der Trump Administration bekannt geworden ist, nicht völlig ausgeschlossen. Denn Trump hat sich mit der eingeschlagenen Strategie auch ein Problem ein-

## Will der Iran Israel vernichten, oder wer bedroht wen?

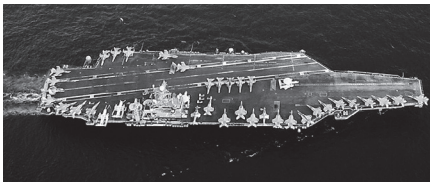
Losungen wie „*Tod den USA*“ und „*Tod für Israel*“ werden im Iran bei vielen regimenahe Demonstrationen gerufen. Will aber deswegen der Iran ernsthaft die USA und oder Israel zerstören? Ohne Zweifel begreift sich die islamische Republik als Feind des zionistischen Israels. Die anti-Israel Rhetorik wird bewusst eingesetzt, auch um Einfluss bei arabischen Bevölkerungen zu gewinnen. Israel wurde als „*zionistisches Gebilde*“ bezeichnet und als „*ein*

*Krebsgeschwür*“ im Nahen Osten, „*das entfernt werden muss und entfernt werden wird*“. Solche Aussagen gibt es in verschiedenen Variationen und auch von führenden Vertretern des Iran. Aber steckt deshalb wirklich eine reale Politik dahinter und eine reale Absicht, die mehr oder weniger planmäßig darauf hinarbeitet und nur auf ihre Chance wartet das Ziel zu erreichen?

Das ist eher zu bezweifeln. Das zeigt eine Analyse der realen Poli-

itik. Denn wenn man der iranischen Führung vielleicht einiges vorwerfen kann, sicher nicht, dass sie Hasardeure sind, die ohne Einschätzung der Kräfteverhältnisse handeln. Und das Kräfteverhältnis ist eindeutig. Sicher ist, dass Israel selbst Atomwaffen besitzt. Sicher ist auch die konventionelle Stärke des israelischen Militärapparats. Dazu kommt die Unterstützung durch die Supermacht USA, die Garantien für Israel abgegeben hat. Der Versuch Israel zu zerstören wäre für den Iran klar selbstmörderisch.

Umgekehrt ist es anders. Niemand bezweifelt, dass die USA und vermutlich auch Israel das militärische Po-



gehandelt. Es ist davon auszugehen, dass er wirklich keinen Krieg will, insbesondere wenn damit langfristige militärische Verwicklungen mit großen Kosten und Verlusten von eigenen Soldaten verbunden sind. Was Trump eigentlich will und braucht wäre ein „großartiger“ und schnell erreichter Erfolg, oder etwas, was er zumindest so darstellen kann, egal ob militärisch oder durch einen „Deal“ erreicht. Nur der Kurs der Konfrontation führt nicht zu einem einfachen und schnellen Erfolg.

### Die Gegenstrategie des Iran

Die offizielle Gegenmaßnahme, mit der der Iran auf die Sanktionen antwortet, ist die Ankündigung in Zukunft nicht mehr alle Teile des Atomabkommens einzuhalten. Mit jedem Ausstiegsschritt nähert sich die Lage der Situation vor dem Atomabkommen an. Genauso wie die neuen Sanktionen einen Zustand ähnlich dem vor dem Abkommen hergestellt haben. Dadurch gewinnt der Iran Faustpfänder, die gegebenenfalls bei einer neuen Einigung eingetauscht werden könnten. Bisher erfolgte der Teilausstieg in drei Schritten. Der Iran hat erklärt die vereinbarte Obergrenze für Vorräte an schwach angereicherter Uran nicht mehr einhalten zu wollen, dann dass er Uran über die erlaubten 3,67 % hinaus (auf 4,5 %)

tential haben, um dem Iran z.B. durch Bombardierungen großen Schaden zuzufügen. Offensichtlich ist auch, dass sich die USA und Israel ständig das „Recht“ herausnehmen dem Iran mit Militärschlägen zu drohen, falls er ihren Forderungen nicht nachkommt.

Anscheinend ist es die Strategie des Iran, diesen Bedrohungen durch militärisch überlegene Gegner eine asymmetrische Antwort entgegenzusetzen, um damit eine Abschreckungswirkung mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu erzielen. Wozu der Iran in der Lage ist, ist nicht ganz klar, aber es könnte sich z.B. um eine Störung des Öltransport in der Straße

anreichern will und Forschung und Entwicklung in der Atomtechnologie, hauptsächlich auf dem Gebiet der Zentrifugen, wieder aufzunehmen. Der Iran betont dabei, dass er weiterhin an der Aufrechterhaltung des Atomabkommens interessiert ist. Alle diese Schritte können wieder zurückgenommen werden, wenn auch die anderen Partner wieder ihre Verpflichtungen erfüllen, sprich die Sanktionen aufheben oder – zumindest die europäischen Partner – Maßnahmen ergreifen, die dem Iran einen ausreichenden Öllexport und andere wirtschaftliche Aktivitäten ermöglichen. Bei den Schritten wurde darauf geachtet, dass eine Rückkehr zum Ausgangspunkt möglich ist, wenn der Teilausstieg wieder aufgehoben wird. Der Iran hat bereits angekündigt noch weitere Schritte weg von den Auflagen des Atomabkommens zu unternehmen, sollte innerhalb bestimmter Fristen keine Lösung gefunden werden. Aus der Sicht des Iran stellt sein Teilausstieg auch keinerlei Verstoß gegen das Abkommen dar. Denn solche Maßnahmen seien genau der im Abkommen selbst vorgesehene Weg, um auf Verstöße gegen das Abkommen (durch die USA) zu reagieren.

Der Iran ist anscheinend noch unentschlüsselt was für ihn die beste Gegenstrategie ist. Offensichtlich wird er von den Sanktionen hart getroffen. Die Perspektiven für seine Wirtschaft sind nicht gut. Der Bevölkerung drohen harte Einschnitte wegen zunehmender Arbeitslosigkeit und starken Preissteigerungen. Im Gegensatz zu früheren Zeiten scheint es immer schwieriger zu werden genügend

von Hormus handeln oder eventuell auch um Raketenbeschuss von Israel. Es gibt also eine Vergeltungsdrohung. Damit ist klar, dass hier nicht behauptet wird, vom Iran gehe für Israel keinerlei Bedrohung aus. Es geht nicht darum in naiver Weise dem Iran jegliche aggressiven Züge abzusprechen, gegen Israel und gegen andere. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass irgendwelche Hardliner wirklich der Vorstellung von der Auslöschung Israels anhängen. Entscheidend ist aber die real und konkret praktizierte Politik.

Die eigentliche „Bedrohung“, die vom Iran ausgeht, liegt aber darin dass

Wege zu finden, um die Sanktionen zu umgehen. Die Möglichkeiten der USA solche Wege zu identifizieren und dagegen vorzugehen sind stark gestiegen.

Es ist anzunehmen, dass innerhalb des Iran heftig um die einzuschlagende Strategie gerungen wird. Bisher haben die vorsichtigen Kräfte die Oberhand. Die Nadelstiche gegen den Schiffsverkehr in der Straße von Hormus wurden anscheinend wieder eingestellt. Der Iran hat zwar die Anschuldigungen, die Beschädigungen der Schiffe wären Aktionen der Revolutionsgarden gewesen, heftig zurückgewiesen, realistisch betrachtet muss man aber davon ausgehen, dass er dafür verantwortlich war, auch wenn ein eindeutiger Beweis fehlt.

Mit der Initiative des französischen Präsidenten Macron im Zusammenhang mit dem G7 Gipfel in Biarritz scheint eine Phase des Ausloten der noch verbleibenden Möglichkeiten begonnen zu haben. Als eine Art *Modus vivendi* für den Iran, der zumindest Zeitgewinn bringt, scheint das Zugeständnis für den Export einer Mindestmenge Erdöl oder ein Milliardenkredit im Gespräch zu sein. Es ist nicht erkennbar, wie ein Arrangement ohne die, zumindest stillschweigende, Zustimmung der USA funktionieren könnte. Und die scheint es nicht zu geben, trotz der verkündeten Verhandlungsbereitschaft Trumps. Fast täglich gibt es Meldungen, dass die USA ihre Sanktionen schärfen, indem sie konkret Firmen, Geschäfte und Pläne für Geschäfte benennen und Maßnahmen dagegen verhängen.

Der Ausgang dieser Gespräche im Hintergrund ist noch offen, aber

sich der Iran den imperialistischen Vorgaben widersetzt. Seine Existenz als eigenständiger und unangepasster Akteur in der Region ist den imperialistischen Mächten Bedrohung genug, die nur mit scharfen Sanktionen, wenn nicht schlimmeren, begegnet werden kann.

In gewisser Weise braucht Israel die Bedrohung aus dem Iran, um seine eigene Politik zu rechtfertigen, die iranische Bedrohung wird also instrumentalisiert.

Umgekehrt ist es ähnlich, der Iran baut den Popanz Zionismus auf, um einen einigenden Feind präsentieren zu können.

zu den Erfolgsaussichten ist Skepsis angebracht.

## Perspektiven

Strategisch setzen die USA auf einen Regimewechsel im Iran. Sie wollen ihn in die Enge treiben und destabilisieren. Vermutlich gibt es aber keinen detaillierten und realistischen Plan, wie und wann ein solcher Regimewechsel konkret ablaufen könnte und was danach kommt. Man begnügt sich damit, den Iran durch

die Sanktionen und die militärischen Drohgebärden in Bedrängnis zu bringen, seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verschärfen und wartet ab was dann passiert. Dieser Zustand könnte ziemlich lange andauern. Aus Sicht der US-Strategen besteht keine Eile, solange der Iran unter Druck steht und mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Wie gesagt, Trump selbst will vermutlich keinen Krieg, aber seine Politik erhöht das Risiko dazu beträchtlich. Es ist davon auszugehen, dass zumindest Teilen seiner Administration (z.B. Bolton) und

eventuell auch Israel eine Eskalation hin zu einer militärischen Auseinandersetzung willkommen sein könnte. Wieweit diese Kräfte Willens und in der Lage sind den Ablauf der Dinge so zu beeinflussen, dass Trump, ohne es eigentlich zu wollen, die militärische Option wahrnehmen wird, ist schwer zu beurteilen. Auszuschließen ist es aber keinesfalls, so wenig wie eine wieder einsetzende und nicht mehr beherrschbare Eskalationsdynamik.

8. September 2019



Am 14. September erfolgte ein Angriff aus der Luft auf die Raffinerie Abkaik und auf das Ölfeld Khurais, beides in Saudi-Arabien. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich. Es sollen 50 Prozent der täglichen saudischen Produktionskapazitäten lahmgelegt worden sein, was in etwa 5% der weltweiten Produktion entspricht. Die Huthis aus Jemen erklärten, sie hätten diesen Angriff ausgeführt. Außerdem drohte ein Sprecher der Huthis den Saudis weitere Schläge an, sollten sie ihre Politik gegen den Jemen nicht verändern.

Soweit die offensichtlichen Fakten. Sofort begann der Propagandakrieg. Saudi-Arabien und die USA verlautbarten, nach ihren Erkenntnissen sei der Iran für den Angriff verantwortlich. Vom Iran dagegen wurde jede Beteiligung und Verantwortung energisch zurückgewiesen. In den Medien kursieren, natürlich gestreut von interessierten Kreisen, Gerüchte über den angeblichen Ablauf des Luftschlags. Die Drohnen und/oder Cruise Missiles und/oder Raketen, seien nicht

im Jemen, sondern im Irak oder Iran gestartet worden.

Bis jetzt sind noch keine Argumente oder gar Beweise bekannt geworden, die eine einigermaßen sichere Einschätzung des Geschehens erlauben.

Präsident Trump hat eine Verschärfung der Sanktionen angekündigt, die sich speziell gegen die Aktivitäten der iranischen Nationalbank richten sollen. Außerdem sollen zusätzlich US-Militäreinheiten in die Region verlegt werden. Über eventuelle weitere Reaktionen, wie etwa einen Vergeltungsschlag, ist anscheinend noch nicht entschieden worden.

Fest steht aber bereits, dass der Konflikt am persischen Golf durch diesen Luftschlag eine neue Stufe erreicht hat. Wenn man sich die Frage stellt, wem nützt das, kommt man nicht um die Antwort herum, eher dem Iran, unabhängig davon ob und wie auch immer er dabei beteiligt gewesen sein mag. Denn jetzt leidet nicht nur der Iran unter den Sanktionen, sondern auch die Gegenseite hat

einen Preis zu bezahlen, direkt durch die Produktionsausfälle Saudi-Arabiens, eher indirekt über die potentiellen Auswirkungen auf Ölpreis und Weltkonjunktur auch die USA. Aber ganz besonders sind die USA in ihrer Rolle als Ordnungsmacht in der Region herausgefordert.

Es zeigt sich, die Politik des maximalen Drucks auf den Iran ist nicht kosten- und risikolos zu haben. Die große militärische Überlegenheit der USA kann bis zu einem gewissen Grad durch asymmetrische Gegenmaßnahmen unterlaufen werden. Allerdings mit der Folge des Hochschraubens des Eskalationsrisikos und der Zunahme der Spannungen.

Nicht vergessen darf man die eigentliche Ursache der Spannungen. Die USA wollen den Iran in die Knie zwingen. Nur deshalb haben sie den Weg des maximalen Drucks eingeschlagen. Sie sind deshalb auch für die steigende Kriegsgefahr verantwortlich.

21. September 2019

# Die EU – Beiträge zu einer linken Strategie

Bei den linken Parteien und Bewegungen in Europa kann man 3 grundsätzlich verschiedene Positionen zur EU finden:

- Orientierung auf Reform der EU
- Plan A und B
- Lexit (Left Exit=Linker Austritt)

Die häufigste Position ist die Forderung nach einer Reform der EU. Der Änderungsbedarf wird vor allem bei der Neoliberalisierung, Militarisierung und dem Demokratiedefizit gesehen. Die geforderten Änderungen sind grundlegend. Ihre Realisierung würde eine wesentliche Umgestaltung der EU bedeuten. Sie sind nicht mit den Reformvorschlägen zu verwechseln, wie sie von Politikern wie Macron gemacht werden, die nicht auf eine Umgestaltung, sondern auf eine verbesserte Funktionalität der bestehenden EU abzielen.

Die Forderung nach einem Umbau der EU, „für ein anderes Europa“ wird von vielen Mitgliedern der „Europäischen Linken“ z. B. auch von der Partei Die Linke vertreten. Unter Berücksichtigung des vorhandenen Kräfteverhältnisses dürfte es in absehbarer Zeit eher um die Sichtbarmachung der eigenen Positionen gehen, als um die reale Durchsetzung dieser Forderungen.

Den Kontrapunkt zur Reformstrategie setzen die Anhänger eines *Lexit* (Left Exit, Linker Austritt). Sie teilen mit den Reformern weitgehend die inhaltliche Kritik an der EU. Insofern besteht Konsens. Aber sie halten die Strukturen der EU und/oder des Euro für von Grund auf neoliberal und für nicht reformierbar. Sie rufen dazu auf, die Illusion der Reformierbarkeit der EU aufzugeben und sich prinzipiell für einen Austritt aus der EU mit einer linken Begründung einzusetzen. Nur so könne wieder Spielraum für eine linke Politik gewonnen werden. Auch diese Position hat eine relevante Anhängerschaft, oft als Minderheit in reformorientierten Parteien. Von den größeren Organisationen vertritt in Deutschland die DKP diesen Standpunkt, sonst etwa auch die KKE und

die portugiesischen Kommunisten (PCP).

Eine Zwischenposition stellt in gewisser Hinsicht die Strategie von La France Insoumise dar, die sie „*Plan A und Plan B*“ nennen.

Eine Regierung von La France Insoumise würde zuerst in Verhandlungen mit den anderen EU Mitgliedern treten, um eine Änderung der EU Politik (im Sinne von weg vom Neoliberalismus) zu erreichen. Das wäre *Plan A*.

Sollte *Plan A* scheitern, wären auf nationaler Basis einseitig Schritte in der Sozial- und Wirtschaftspolitik einzuleiten, die die neoliberalen EU-Regeln bewusst missachten und bis zum Austritt aus dem Euro und eventuell auch aus der EU führen könnten (*Plan B*). Nach ihrer Einschätzung würde der Austritt eines großen und zentralen Landes wie Frankreich (besser wäre natürlich ein koordiniertes Vorgehen von mehreren Ländern) ein erhebliches Drohpotential darstellen, das die anderen Länder zum Einlenken bei *Plan A* bewegen könnte. Das setzt voraus, dass man gegebenenfalls bereit und darauf vorbereitet ist *Plan B* durchzuziehen. Eine erkennbar leere Drohung wäre natürlich wirkungslos.

Diese Strategie wurde aufgrund der Erfahrungen mit den Auseinandersetzungen EU-Griechenland erarbeitet. La France Insoumise wirft Syriza vor, nicht genügend vorbereitet gewesen zu sein bzw. im entscheidenden Augenblick Verrat geübt zu haben und hat deswegen auch den Ausschluss von Syriza aus der „*Europäischen Linken*“ verlangt. Inzwischen haben sich Podemos in Spanien und der Bloco de Esquerda in Portugal dieser Strategie angeschlossen. Diese drei Organisationen bilden auch den Kern der neuen politischen Allianz „*Maintenant le Peuple*“ bzw. „*Now the People*“, „*Jetzt das Volk*“.

Die Basis für eine Strategie ist die Einschätzung des Stellenwerts der EU für die vergangene und zukünftige Entwicklung, ökonomisch und gesellschaftlich. Dabei stellt sich die Frage:

## Ist die EU die Folge einer notwendigen Entwicklung im Kapitalismus?

Ohne Zweifel kommt die EU den Bedürfnissen des Kapitals, und insbesondere international konkurrenzfähigen Kapitalien wie sie z.B. in Deutschland gehäuft vorhanden sind, entgegen. Das Kapital und seine Vertretungen haben dementsprechend immer für die Zusammenarbeit in der EU, ihre Erweiterung und Vertiefung plädiert. Seine Interesse sind ja auch gut bedient worden. Ist die EU aber die Folge einer notwendigen Entwicklung?

Der Kapitalismus hat allgemein die Tendenz sich auszudehnen und dabei Beschränkungen, die sich einer Ausdehnung entgegenstellen zu überwinden. Eine Art von Beschränkung stellen dabei Staatsgrenzen dar. Staatsgrenzen sind aber für das Kapital widersprüchliche Beschränkungen. Denn das Eingrenzende und damit Hemmende ist nur die eine Seite, die andere Seite liegt darin dass Staaten (mit-)verantwortlich sind, geeignete Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung im Inneren zu schaffen. Dies geschieht durch die Bereitstellung von Infrastruktur und durch die Errichtung einer Rechtsordnung und ihre Durchsetzung mit dem Gewaltmonopol des Staates. Des weiteren kann ein Staat auch die Interessenvertretung nach Außen gegenüber anderen Staaten übernehmen. Die Kapitalisten sind und waren immer (das lässt sich historisch zeigen) auf einen in ihrem Sinne gut funktionierenden Staatswesen angewiesen. Diese, sehr verkürzt dargestellten, Verhältnisse fanden in der Epoche der Nationalstaaten ihren typischen historischen Ausdruck.

Aber Staatsgrenzen sind eben auch einengende Grenzen für das Kapital. Der Kolonialismus war z.B. ein historischer Weg solche Grenzen zu überwinden. Es wäre falsch, die Epoche der Nationalstaaten jetzt einfach für überwunden zu erklären und die entsprechenden Triebkräfte für nicht

mehr existent. Aber offensichtlich ist, dass die feindliche bis kriegerische Konkurrenz von Nationalstaaten, auch im Kapitalismus und im ureigenen Interesse des Kapitals, nicht die einzige Möglichkeit eines Zusammenwirkens von kapitalistischen Ländern ist. Für den (West-) europäischen Raum waren dabei neben der speziellen weltpolitischen Situation nach dem 2. Weltkrieg auch folgenden Fakten wesentlich. Die traditionellen Nationalstaaten sind eher klein (oder mittelgroß), bieten also nur einen engen Heimmarkt, und in ihnen konzentrieren sich viele hochentwickelte Kapitale, die nach einem größeren Markt als ihren nationalen Heimmarkt verlangen. Der sich mit der EWG, EG und EU herausbildenden gemeinsame Wirtschaftsraum entsprach und entspricht diesem Interessen nach größeren Märkten. Die supranationale EG/EU trat ergänzend und variierend an die Seite der Nationalstaaten. Es bildete sich neben den traditionellen Marktebenen lokal, regional, national, global, die neue Ebene EU-europäisch heraus, zwischen national und global. Der Unterschied zwischen national und global besteht in der staatlichen Einbettung des nationalen Marktes (Rechtssystem, Gewaltmonopol des Staates, Zusammenfassung des politischen Willens), während der globale Markt keine solche Vereinheitlichung aufweist. Mit dem gemeinsamen europäischen Markt hat sich nach und nach auf supranationaler Ebene ein staatsähnliches Gebilde mit eigenen Institutionen und einer immer weiter fortschreitenden einheitlichen Verrechtlichung herausgebildet.

Es gibt Kapitale, die hauptsächlich global ausgerichtet sind, und welche die den europäischen Raum (eher) nicht überschreiten und selbstverständlich sind auch Interessenskonflikte zwischen diesen Gruppen möglich. Aber im Allgemeinen haben auch die global ausgerichteten Kapitale ein Interesse an der Ausdehnung ihres Heimmarktes hier im Sinne von national auf europäisch zu verstehen. Nebenbei bemerkt, auch auf globaler Ebene macht sich das Bedürfnis nach einheitlichen Regelungen immer stärker bemerkbar, was sich in den Freihandelsverträgen (realisiert oder nicht realisiert) wie TPP, TTIP, CETA usw. sichtbar wurde. Die Besonderheit beim europäischen Projekt liegt

im Ausmaß der Vergemeinschaftung und in der auf Dauerhaftigkeit hin konzipierten Regelungen und Institutionen. Keine Fall zu Fall Regelung, sondern eine Rechtsordnung, keine ad hoc Kommissionen, sondern staatsähnliche Organe.

Die Entstehung der EU entspricht einer inneren Logik des Kapitalismus. Ist deshalb die EU notwendig? Bis zu einem gewissen Grad ja, aber sicher nicht in exakt der Form in der sie historisch entstanden ist. Das für das Kapital dienliche Ausmaß an Vereinheitlichung hätte auch in einer anderen Art und Weise erreicht werden können. Es soll mit dieser Feststellung auch nicht gesagt werden, dass analoge Entwicklungen weltweit für alle anderen Nationalstaaten zu erwarten sind. Die Bedingungen, sowohl innerhalb der Staaten, als auch bezüglich der Beziehungen zu anderen Staaten, sind sehr unterschiedlich. Eine schematische Verallgemeinerung ist nicht sinnvoll.

Die Gründer und Propagandisten haben auf die Friedenssehnsucht und Hoffnungen, die mit der Idee eines vereinigten Europas verknüpft waren zurückgegriffen. Gleichzeitig eröffnete nach der Zeit des extremen Nationalismus, die Aussicht auf gleichberechtigte Zusammenarbeit eine freundliche Perspektive. Es ist auch unbestritten, europäische Einigung ist einem aggressiven Nationalismus vorzuziehen. Man kann das europäische Projekt als eine Variante eines kapitalistischen Internationalismus beschreiben. Klar ist, dass das etwas anderes ist als der linke Internationalismus. Aber auch ein kapitalistischer Internationalismus kommt nicht umhin, den Menschen und Verhältnissen in anderen Ländern erst einmal positiv und freundlich zu begegnen. Aggressive Hetze gegen Ausländer, Fremde etc. ist kontraproduktiv. Deshalb ist es nicht unverständlich, wenn in „fortschrittlichen Kreisen“ eine positive Beurteilung des europäischen Projekts überwiegt. Aber man darf nicht übersehen welche Grenzen diesem Projekt von Anfang an gesetzt waren (Antikommunismus) und welche Grenzen, auf Betreiben der herrschenden Klassen, heute damit verbunden sind (Neoliberalismus).

Festzuhalten ist, den verschiedenen staatlichen Ebenen, kommunal/regional, nationalstaatlich und sup-

ranational (EU) kann nicht grundsätzlich Progressivität zu- oder abgesprochen werden. Welche Rolle eine Ebene in einem konkreten Zusammenhang spielt, hängt von den Umständen ab und vom Kräfteverhältnis der dort tätigen Akteure. Neben den negativen Beispiel der Auseinandersetzung EU – Syriza/Griechenland gibt es andererseits auch die Beispiele EU – Orban/Ungarn und EU – PiS/Polen. Genau so ist die eventuelle Abspaltung von Katalonien oder Schottland für sich genommen nicht progressiv, ebenso wenig wie deren Verbleib im größeren Staatsverbund. Gemeinsam ist solchen Fragen um Nationalität und Identität oft ein erhebliches Potential von den entscheidenden (Klassen-)Fragen abzulenken und zusätzliche Spaltungen in der politischen Auseinandersetzung zu erzeugen.

Sicher ist richtig, dass es den Neoliberalen gelungen ist mit der Ausgestaltung des europäischen Primärrechts Pflöcke einzuschlagen, die ein erhebliches Hindernis für eine linke Politik darstellen. Damit wurden Festlegungen erreicht, die schwer zu verändern sind und in den meisten Fällen weit über das hinausgehen was auf nationaler Ebene verfassungsmäßig fixiert ist. Die größte Gefahr für die linke Bewegung besteht darin, dass politische Zuspitzungen nicht in vielen Ländern gleichzeitig auftreten, sondern nach und nach (mit größeren zeitlichen Abständen) in einzelnen Ländern. Dadurch könnten die Kämpfe auf einzelne Brennpunkte und Länder beschränkt und damit isoliert bleiben, während die Länder bzw. die dort kämpfenden Akteure sich nicht gegen die Übermacht der anderen EU-Mitglieder behaupten können. Sei es wegen der Einbindung in das EU-Recht, oder wegen bestehenden faktischen Abhängigkeiten.

### **Die spekulative Frage, was wäre ohne EU?**

Wenn ernsthaft über einen Austritt aus der EU diskutiert wird, stellt sich die Frage was wäre ohne EU? Das ist eine weitgehend spekulative Frage. Es ist unmöglich konkrete Aussagen darüber zu machen, was etwa in Situationen wie der Griechenlandkrise geschehen wäre, wenn es keine (oder eine ganz andere) EU gegeben hätte.

Aber man kann feststellen: Durch einen Austritt ändert sich zuerst einmal nichts an realen in Jahrzehnten entstandenen Verflechtungen und sich daraus ergebenden Abhängigkeiten, materieller und finanzieller Art. Es ändert sich nichts an den Stärken und Schwächen der beteiligten Ökonomien. Durch einen Austritt kann sich ein Land der Vorgaben im EU Primärrecht entledigen. Ohne Zweifel hätte dies seine Bedeutung. Aber der Neoliberalismus hätte sich deswegen nicht aufgelöst, seine Hegemonie wäre nicht automatisch gebrochen. Die Verankerung des Neoliberalismus im Primärrecht war möglich, weil der Neoliberalismus in den letzten Jahrzehnten eine eindeutig hegemoniale Position innehatte, in der EU und in den (meisten) Nationalstaaten. Das Primärrecht ist eine Folge dieser Hegemonie, aber nicht unbedingt seine stärkste Bastion. Die Macht des Kapitals gründet sich nur teilweise auf Rechtspositionen. Durch einen Austritt allein würden sich die Machtverhältnisse noch nicht wirklich ändern.

Eine breite politische Abstützung durch eine starke Bewegung verschafft ihren Protagonisten Spielraum, auch gegenüber der EU. Paragraphen und Verträge können interpretiert werden, manchmal auch innovativ und kreativ. Allerdings zeigt das Beispiel Griechenlands wie begrenzt die Macht einer Regierung, trotz Unterstützung der Bevölkerung (Referendum), in der Realität sein kann. Aber die Macht und die Stärke der Position Schäubles (und seiner Unterstützer) lag nicht in den rechtlichen Gegebenheiten, sondern in der Möglichkeit Griechenland von der Geldversorgung abzuschneiden und in den Staatsbankrott zu treiben. Weiterhin war entscheidend, dass es Tsipras nicht gelungen war in anderen Ländern und/oder bei anderen regierenden Parteien nennenswerte Unterstützung zu finden. Solche realen Machtkonstellationen sind nicht unbedingt an eine Mitgliedschaft gebunden. Es gab schon etliche verschuldete Länder, die vom Kapital, vertreten durch den IWF, zu einem harten Sparprogramm gezwungen wurden.

Noch eine Bemerkung. Beim Lesen von Beiträgen linker EU Kritiker, entsteht der Eindruck, die Autoren würden allesamt die Möglichkeiten durch staatliche Interventionen Ziele wie Vollbeschäftigung, Abbau von Armut

und Ungleichheiten usw. zu erreichen, als groß einschätzen. Dies wird zwar nicht direkt behauptet, aber auch nie problematisiert, vermutlich weil es außerhalb des behandelten Themas (EU) liegt. Aber es gilt daran zu erinnern: die Frage nach Chancen und Grenzen von Staatseingriffen und welche sozialen Ziele im Kapitalismus überhaupt erreichbar sind, ist keineswegs trivial. Traditionell gibt es unter den Linken dazu keine einheitliche Position. Und es gibt viel Raum für Illusionen.

### Welche Folgerungen ziehen wir aus dieser Analyse ?

Folgende Eckpunkte sollten bei der Formulierung einer konkreten Politik zum Umgang mit der EU als Basis dienen. (Es gibt dabei eine gewisse Ähnlichkeit mit Positionen, die ATTAC in Österreich erarbeitet hat.)

- Die EU ist kein Wert an sich, sie ist kein Friedensprojekt, sie ist kein übergeordnetes Ziel das grundsätzlich anzustreben und/oder zu verteidigen ist.
- Andererseits ist auch ein Austritt kein Ziel an sich. Abgelehnt wird bei der EU nicht das Supranationale, sondern die neoliberalen Grundsätze, die Militarisierung, das Demokratiedefizit, Sozialabbau etc., genauso wie solches auch in den Nationalstaaten abgelehnt wird.
- Wenn sich Chancen ergeben, in der EU Veränderungen im linken Sinne zu erreichen, sind solche Bestrebungen selbstverständlich zu unterstützen. Ein weiterer Ausbau der EU wird nicht grundsätzlich bekämpft. Auch eine eventuelle Entwicklung hin zu einem Bundesstaat könnte prinzipiell akzeptabel sein, es sei denn, sie ist direkt mit Vorhaben wie etwa einer weiteren Militarisierung verbunden.
- Aber es sind Situationen denkbar, in der die Forderung nach einem Austritt sinnvoll und notwendig sein kann. Eine Beurteilung von solchen Alternativen kann nicht generell erfolgen, sondern immer nur in Hinblick auf eine konkrete Situation, konkreten Umstände und Kräfteverhältnisse.
- Was Deutschland betrifft, sind keine Kämpfe in Sicht, die eine Frage nach einen Austritt aufwerfen würden. Die Schwäche der Linken erlaubt

für uns keinen großen Entwurf a la *Plan A und Plan B* (ob das für Frankreich wirklich anders ist, sei dahingestellt).

- Die bereits jetzt vorhandenen Verflechtungen zwischen den Ländern, bestehende Lieferketten und sonstigen Abhängigkeiten sind sehr groß. Eine eventuelle Austrittsstrategie muss ein klares und realistisches Bild von den Risiken, die damit verknüpft wären, besitzen. Eine Fehleinschätzung könnte verheerend sein.
- EU Kritik bis zu Austrittsforderungen kommt auch von den Rechten. Es ist unbedingt darauf zu achten, dass sich Linke weder direkt noch indirekt in rechte Strategien einbinden lassen.
- Selbstverständlich setzen wir dem Internationalismus des Kapitals unseren solidarischen Internationalismus entgegen. Die internationale Zusammenarbeit von linken Organisationen (Parteien, Gewerkschaften etc.) in Europa und darüber hinaus ist auszubauen und zu vertiefen, soweit das in unseren Möglichkeiten liegt.

Juni 2019

Anzeige

## Wieder Lieferbar:

### Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

# Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg Debakel im Osten



Überraschend waren die Wahlergebnisse im Osten nur in einem Punkt: Die AfD wurde in beiden Ländern nicht die stärkste Partei. Dabei hatten alle Prognosen dies, sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg, vorausgesagt. Wahlsieger war aber trotzdem in beiden Ländern die AfD. In Brandenburg legte sie um 12,2 Prozent auf 23,5 Prozent zu und in Sachsen um 9,7 Prozent auf 27,5 Prozent. Zugewinne hatten sonst nur noch die Grünen, zwischen 6,2 und 5,7 Prozent. SPD, Die Linke und CDU verloren massiv. Besonders dramatisch war es für die Linkspartei. In den vergangenen Wahlen 2014 lag sie in beiden Bundesländern bei fast 19 Prozent. Jetzt erreichte sie in Brandenburg 10,7 Prozent und in Sachsen 10,4 Prozent.

In den letzten Tagen vor der Wahl wurde prognostiziert, dass sowohl die SPD in Brandenburg als auch die CDU in Sachsen vor der AfD liegen würde. Der massive Einsatz der Spitzenkandidaten der Parteien und

die entsprechende Berichterstattung in den Medien taten ihre Wirkung. Es kam zu einer Mobilisierung der Wähler. Das drückte sich nicht zuletzt in der gestiegenen Wahlbeteiligung aus. Lag diese bei den Wahlen 2014 in beiden Ländern unter 50 Prozent, so lag sie jetzt in Sachsen bei beinahe 67 Prozent, in Brandenburg bei 62 Prozent. Da sich im Wahlkampf gefühlt alles um die AfD drehte, muss man davon ausgehen, dass viele Wähler, um die AfD zu schwächen, die CDU wählten und nicht die von ihnen eigentlich präferierte Partei. Doch kann ein solches taktisches Wählerverhalten den dramatischen Absturz der Linkspartei alleine nicht erklären. Offensichtlich war sie nicht in der Lage, kritische Themen und soziale Forderungen im Fokus der Auseinandersetzungen zu platzieren. So wurde sie nur wenig beachtet und schließlich regelrecht aufgegeben.

Der Erfolg der AfD ist aus Gründen, auf die noch einzugehen ist, auch darauf zurückzuführen, dass

sie durch den sächsischen Landeswahlausschuss in besonderer Art und Weise geradezu beglückt wurde. Der Ausschuss stellte Anfang Juli des Jahres fest: „Die AfD in Sachsen kann nur mit 18 statt wie geplant 61 Listenkandidaten zur Landtagswahl am 1. September antreten“. Der Landeswahlausschuss hatte nur die ersten 18 Plätze der Liste bestätigt. Die restliche Liste sei ungültig, so der Ausschuss, weil die Aufstellung nicht in einer einheitlichen Wahl erfolgt sei. Die Entscheidung des Landeswahlausschusses war nach den Buchstaben des sächsischen Wahlgesetzes bestimmt formal korrekt. Die AfD klagte natürlich gegen die Entscheidung des Landeswahlausschusses. Sicher hätte dieser auch Spielräume für eine andere Entscheidung gehabt, wie das später auch das Urteil des Verfassungsgerichtshofs von Sachsen zeigte. Der Klage der AfD wurde vom Verfassungsgerichtshof stattgegeben und der Partei 30 Listenplätze zugestanden.



Die Entscheidung des Landesausschuss, nur 18 Listenplätze zuzulassen, war ein Paukenschlag und für die AfD ein Geschenk des Himmels. Plötzlich stand sie im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Der Landesvorsitzende Jörg Urban sprach sofort von einem „verabredeten Komplott von Vertretern der im Landtag sitzenden Altparteien“. Die Opferrolle nahm die AfD gerne an und setzte sie im Wahlkampf wirkungsvoll ein. Sie revitalisierte den Ruf „Wir sind das Volk“ und sprach in Brandenburg von der Wende 2.0. „Jetzt erst recht!“ war schließlich sowohl in Brandenburg als auch in Sachsen ihre Parole. Eine Parole, die gepaart mit Fremdenfeindlichkeit, Hasstiraden gegen das Politikestablishment und gegen Flüchtlinge, sowie völkische Deutsch- und Heimattümelei, am Wahltag ihre Folgen zeigte. Inhaltlich war der Wahlkampf der AfD wenig konkret. Auf ihren Plakaten konnte man alles Mögliche lesen: so, dass sie beispielsweise den Diesel retten wollen, dass sie für Tierschutz sind und deshalb das Schächten von Tieren verboten wird. Dann waren sie für „Landliebe“ und für den „wirksamen Stopp der Entvölkerung“ und für ähnliches mehr. War auch die Aussagekraft der Plakate gering, so war die Verbreitung derselben auf den Straßen und Plätzen umso massiver. „Trau dich Sachsen“, war an jeder Ecke zu lesen. Und die Sachsen trauten sich. Die AfD mobilisierte ihre Anhängerschaft in ungeheurem Maße. So stimmten in Sachsen 246.000 ehemalige Nichtwähler für die AfD. 84.000 Stimmen kamen von vormaligen CDU-Wählern, gefolgt von 28.000 ehemaligen Wählern der Linkspartei.

### Was ist los im Osten?

Diese Frage stellt sich natürlich, wenn man den raketenhaften Aufstieg der reaktionären Partei AfD in den beiden Bundesländern betrachtet.

In der offiziellen Wahlanalyse ist die Rede von abgehängten Regionen und davon, dass große Teile der Bevölkerung immer noch nicht in der Bundesrepublik angekommen seien. Schauen wir uns diese Argumente genauer an. In der *Sächsischen Zeitung* konnte man in einem Leserbrief am 31. August folgendes lesen:

*„Und sie hatten (die Ostdeutschen) in der Tat völlig falsche Vorstellungen von dem, was auf sie zukommt. Sie glaubten nicht, dass die BRD die DDR nur als Markt, kaum als Produktionsstandort braucht. ... Spätestens seit 1991 wissen sie es besser. Diese Verlust-Erfahrungen sind etwas Bleibendes.“* Und ein anderer Leserbriefschreiber meinte in der gleichen Ausgabe: *„Für mich haben die Westdeutschen alles, was nur irgendwie ging, aus der ehemaligen DDR herausgeholt.“* Leserbriefe dieser Art sind keine Einzelmeinungen; sie tauchen regelmäßig immer wieder in den Medien auf.

Wundern darf das im Grunde niemanden. Die Mehrzahl der Ostdeutschen haben mit der Übernahme der DDR durch die BRD zum Teil traumatische Erfahrungen gemacht, die bis heute nachwirken. Die noch 1990 vorhandenen Illusionen wurden auf brutalste Weise zerstört. Wer erinnert sich nicht mehr an das Transparent *„Helmut nimm uns an der Hand und führ uns ins Wirtschaftswunderland“*, das 1990 in Dresden bei einer Kundgebung mit Helmut Kohl gezeigt wurde. Damals versprach Kohl die blühenden Landschaften in Ostdeutschland und dass es niemandem schlechter gehen würde. Was dann allerdings kam, war nicht das Wirtschaftswunder, sondern die Zerschlagung der ostdeutschen Industrie und der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

So erlebten die Menschen im Osten ihre Entlassung, die Schließung der Betriebe und die Verschleuderung des DDR-Volkvermögens durch die Treuhand. Der Nutznießer dieser Politik war das westdeutsche Kapital, das hier Betriebe und Immobilien zu Schnäppchenpreisen bekam. Oftmals bekamen Konzerne und Mittelständler alles sogar geschenkt und für ein vages Versprechen, mit reduzierter Belegschaft den Betrieb weiterzuführen, auch noch Subventionen in Millionenhöhe. Die Politik der Treuhandanstalt schaffte es auf diese Weise, die ostdeutschen Länder weitgehend zu deindustrialisieren. Sie hinterließ Massenarbeitslosigkeit in noch nie gekannter Größe und einen Milliardenschuldenberg, der den lohnabhängigen Steuerzahlern aufgebürdet wurde.

Mit dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit begann auch die ver-

stärkte Abwanderung von hauptsächlich jungen, qualifizierten Arbeitskräften in Richtung Westen. Bis zum Jahr 2012 verlor das ehemalige Staatsgebiet der DDR rund 2 Millionen Menschen. Besonders die ländlichen Gebiete waren davon betroffen. Die Dörfer im Erzgebirge und der Oberlausitz sind heute sichtbar überaltert. Das führt und führte zu Konsequenzen. In vielen Orten gibt es heute keine oder nur eine mangelhafte kommunale Infrastruktur. Es fehlen Einkaufsmöglichkeiten und Ärzte. Die Dorfschule ist geschlossen und der öffentliche Nahverkehr ist eingeschränkt und manchmal gar nicht vorhanden. Die *Sächsische Zeitung* brachte nach den Wahlen eine Reportage über das Dorf Neißeau, in dem die AfD 48,8 Prozent der Stimmen holte. In dem Artikel wurden Einwohner zu der Wahl befragt. So meinte eine Einwohnerin: *„Mehr Sicherheit ist wichtig, mehr auf Ausländer achten ebenso, vom Polen bis zum Syrer (Anm.: In Neißeau gibt keine Flüchtlinge und Ausländer). Eine andere Frau sagt „Sie will künftig nur noch AfD wählen. Aus Protest. Sie wis- se nicht, was in deren Programm stehe, aber die CDU geht nicht mehr und die AfD sei mal eine andere Partei.“* Und ein 60jähriger Frührentner begründet seine Entscheidung für die AfD so: *„Ich habe 43 Jahre wie ein Ochse gearbeitet, auch an den Wochenenden und als Rente bekomme ich 780 Euro.“*

Sicherlich gibt es auch in Westdeutschland eine ähnliche Entwicklung in vielen ländlichen Regionen mit der Folge, dass auch dort Unzufriedenheit und Frust besteht und wächst. Auch dort ist eine solche Entwicklung Wasser auf die Mühlen der Reaktion. So hat im Jahr 2016 bei den Wahlen in Baden-Württemberg die AfD 15,1 Prozent der Stimmen geholt.

Im Osten aber ist die Situation bei Weitem zugespitzter. Das zeigte sich spätestens, als Pegida im Dezember 2014 zum ersten Mal öffentlich auftrat. Seither ist nichts besser geworden. Pegida marschiert noch immer jeden Montag mit über 1.500 Personen durch Dresden. Diese Stimmungs- und Gemengelage ist der ideale Nährboden für offen faschistische Gruppierungen und Parteien, wie es die fremdenfeindlichen Ausschreitungen, Aufmärsche und Aktivitäten zeigen. Orte wie Freital, Heidenau, Bautzen und

Chemnitz erlangten so eine zweifelhafte Berühmtheit. Dabei ist die AfD der Katalysator. Sie ist heute die Partei, welche Nazis unterschiedlichster Schattierungen in sich sammelt und kein Problem hat, wie es sich in Chemnitz vor einem Jahr zeigte, zusammen mit Skinheads, gewaltbereiten Hooligans und Reichsbürgern durch die Straßen zu ziehen. Der faschistische „Flügel“ um Bernd Höcke bestimmt zunehmend die Marschrichtung der AfD. Laut Jens Maier, AfD-MdB, sollen in Sachsen dem „Flügel“ 70 Prozent der Mitglieder angehören.

Eine Ursache für die schlechte Stimmung der Menschen in den ostdeutschen Ländern ist auch die Altersrente. Rund ein Drittel der Rentner muss von einem Geldbetrag von unter 800 Euro leben. Die Ursache liegt hier vor allem an den niedrigen Löhnen, die in der Nachwendzeit bis heute bezahlt werden. Die Unternehmer schafften es, ohne Widerstand der Beschäftigten, aus den Tarifen zu fliehen und die Bezahlung ihrer Beschäftigten nach ihrem Gusto festzulegen. Im Durchschnitt liegen deshalb die Löhne um mindestens 15 Prozent unter denen des Westens. Aber was sagt schon der Durchschnittswert? Man muss sich ihn genauer ansehen, denn bei sehr vielen Beschäftigten liegt das Entgelt weit unter diesen 15 Prozent. Die Ursache ist darin zu suchen, dass es nur noch in 39 Prozent der Betriebe eine Tarifbindung gibt. Tariflich geregelt sind die Löhne und Gehälter in den Betrieben der Automobilindustrie, im Öffentlichen Dienst, bei der Bundesbahn und in wenigen Betrieben, in denen die Gewerkschaften die Organisationsmacht aufbringen, den Unternehmer in die Tarifbindung zu zwingen. Das heißt, im Rest der gewerblichen Wirtschaft gibt es keine tarifliche Bezahlung. Bezahlt wird, was der Kapitalist bereit ist, zu zahlen, und was der abhängig Beschäftigte gerade noch bereit ist, hinzunehmen. Und es kommt noch etwas hinzu: In allen Betrieben, tariflich gebunden oder nicht, arbeiten die Beschäftigten offiziell 40 Stunden in der Woche.

Alleine die Entlohnungsfrage reicht aus, die weit verbreitete schlechte Stimmung der Menschen im Osten zu erklären.

Hinzu kommt noch ein weiterer Aspekt, der aber indirekt mit der Ent-

geltfrage zu tun hat: Nur eine Minderheit der Beschäftigten arbeitet in einem Betrieb mit einem Betriebsrat. Betriebsräte gibt es nur noch in 33 Prozent der Ostbetriebe, mit abnehmender Tendenz. Der DGB Sachsen berichtete, dass jede dritte BR-Wahl durch die Unternehmer aktiv verhindert wurde, oft unter Einbeziehung von professionellen Union-Bustern. In der Konsequenz heißt das: besteht kein Betriebsrat, besteht keine betriebliche Mitbestimmung, so mangelhaft diese in der alltäglichen Praxis auch sein mag. Das heißt, die Beschäftigten sind schutzlos dem Diktat des Unternehmers ausgesetzt. Entsprechend ist das Betriebsklima in vielen Betrieben ausgesprochen mies.

Dabei zeigen Einzelbeispiele, dass es auch anders gehen kann. In der Firma *Teigwaren Riesa* gab es lange Jahre keinen Betriebsrat. Im Sommer 2018 war es dann so weit: Ein Betriebsrat wurde gewählt. Der hatte einiges zu regeln, was bei der Belegschaft gut ankam. Die Folge war, dass auch die Gewerkschaft NGG, im Betrieb mit 140 Mitgliedern vertreten, stärker wurde. Innerhalb von drei Monaten wurden mehr als 100 neue Mitglieder gewonnen. Trotz des Widerstands der Firmeneigentümer wurden Ende des Jahres Tarifvertragsverhandlungen erzwungen. Seit Mitte Januar des Jahres haben die KollegInnen in Riesa einen Tarifvertrag.

Eine Belegschaft, die eine solche Entwicklung durchmacht, bekommt Selbstbewusstsein. Sie wird sich ihrer eigenen Macht bewusst und weiß, dass sich die Verhältnisse verändern lassen. Sie braucht keine Sündenböcke, auf die sich die eigene Misere abladen lässt. Leider sind Beispiele wie das der Nudelfabrik selten. Eine große Anzahl der Beschäftigten arbeitet zu Bedingungen, die Frust, Enttäuschung, Angst und Wut hervorbringen. Dasselbe gilt für die Menschen, die abgehängt in den ländlichen Gebieten leben. Für diese Menschen ist die AfD das Instrument, mit dem sie ihre Wut ausdrücken können. Die AfD liefert die Sündenböcke, die in den etablierten Altparteien, bei den „versifften 68ern“, den Ausländern und Flüchtlingen zu suchen sind. Indem man auf diese tritt, kompensiert man die scheinbare eigene Ohnmacht.

Die Rechtsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern ist nur

scheinbar ein ostdeutsches Problem. Prekäre Arbeitsverhältnisse mit Niedriglohn und Befristungen, Betriebe ohne Betriebsrat, Arbeitsplätze mit unerträglichen Arbeitsbedingungen gibt es auch im Westen. Auch dort gibt es Frust und Wut, die sich im Wahlverhalten niederschlagen. Auch im Westen vermeldet die AfD bemerkenswerte Wahlerfolge. Dass sich das jetzt so krass bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg zeigte, liegt daran, dass die geschilderten Zustände weitaus zugespitzter sind als in den westlichen Bundesländern. Da die neoliberale AfD zur Lösung der Probleme auch rein gar nichts anzubieten hat außer Hetze und Hass, muss konstatiert werden, dass die Linke schlichtweg versagt hat. Es muss jetzt diskutiert werden, wie man sich künftig strategisch und taktisch aufstellt, um das verlorengewonnene Terrain zurückzugewinnen. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil das Land kurz vor einer Konjunkturkrise steht und mit der Digitalisierung der Wirtschaft auch vor einer Strukturkrise. Wenn dem von der Linken nichts entgegengesetzt wird, werden die Wahlerfolge der AfD, wie jetzt in Sachsen und Brandenburg, nicht nur auf Ostdeutschland beschränkt sein.

5. September 2019

Anzeige

## Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-  
Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von  
der Gruppe Arbeiterpolitik

2. erweiterte Auflage 1981, 296  
Seiten, Klebebindung, 8,00 €.

# Brexit, die letzte?



Nach drei Jahren sieht es so aus, als ob der Brexit am 31. Oktober stattfinden wird. Theresa May war mit ihrer Regierung nicht imstande, den Deal, den sie mit der EU ausgehandelt hatte, im Parlament durchzusetzen. Ihr Rücktritt führte dazu, dass elf rechte Tories gegeneinander antraten, um Parteichef und dadurch Premierminister zu werden. Das Ganze endete mit dem Sieg von Boris Johnson. Ich habe ihn immer als unseren Donald Trump bezeichnet, der an einem Tag so sagen wird und kurz darauf das direkte Gegenteil davon. Er ist ein Mensch ohne Skrupel, der eine öffentliche und Medienberichterstattung über seinen Wahlkampf verhindert hat, da er wußte, dass, wenn er etwas Dummes sagen würde, dies seine Chancen ruinieren würde. Die Ukrainer haben einen Comedian zum Präsidenten gewählt; hier im Vereinigten Königreich haben die Mitglieder der Tories einen Clown zum Premierminister gewählt, aber er ist, wie auch Trump, gefährlich. Die Partei der Tories ist vor 340 Jahren gegründet worden. Sie umfasste bis zum Aufstieg des Neoliberalismus ein breites Spektrum, einschließlich der Vertreter einer radikalen Sozialpolitik. Nun ist sie zu einer schmalen rechten Partei von überwiegend älteren weißen Männern geschrumpft. 2018 wurde berichtet, dass sie nur noch 100.000 Mitglieder hatte, aber mit dem Zusammenbruch von UKIP konnte sie neue Mitglieder gewinnen oder ehemalige wiedergewinnen.

Die Regierung von Boris Johnson kündigte an, dass sie in den nächsten drei Jahren 14 Milliarden Pfund für Schulen ausgeben wird und 1,8 Mil-

liarden für den Gesundheitsdienst. Sie will 20.000 neue Polizisten einstellen und für 2,5 Milliarden fund 10.000 neue Plätze für Gefangene schaffen. Es ist offensichtlich, dass sie eine Neuwahl anstrebt, vielleicht, nachdem der Brexit am 31. Oktober stattgefunden hat. Auch plant sie, das Parlament vom 11. September bis zum 14. Oktober zu schließen; mit Sicherheit, um Schritte des Parlaments zu verhindern, die einen „No deal“ Brexit verhindern sollen. Sofort fanden im ganzen Land Demonstrationen gegen diesen „Coup“ statt; sie werden auch die nächsten Tage anhalten. Einige der Demonstranten lehnen den Brexit völlig ab und wollen ein neues Referendum, während andere die geplante Suspendierung des Parlaments als einen Angriff einer „stramm rechten“ Regierung auf die Demokratie ansehen. Vor den Gerichten finden bereits diverse Anfechtungsverfahren statt.

In einem Artikel über die Tory-Rebellen, die den „No deal“ verhindern wollen, führt *The Economist* am 31. August aus, dass die Suspendierung des Parlaments durch Johnson ein Zeichen der Schwäche ist, da er zusammen mit seinen Verbündeten von der DUP eine Mehrheit von einer Stimme hat. Eine Mehrheit der Abgeordneten lehnt einen „No deal“ Brexit ab. Zum zweiten, führt die Zeitung aus, befürchten einige altgediente Mitglieder der Regierung, dass Johnsons Politik zu einem Niedergang der Wirtschaft führen wird und die Konservative Partei für eine ganze Generation zerstören wird.

Patrick Cockburn, der hervorragende Reporter für den Mittleren

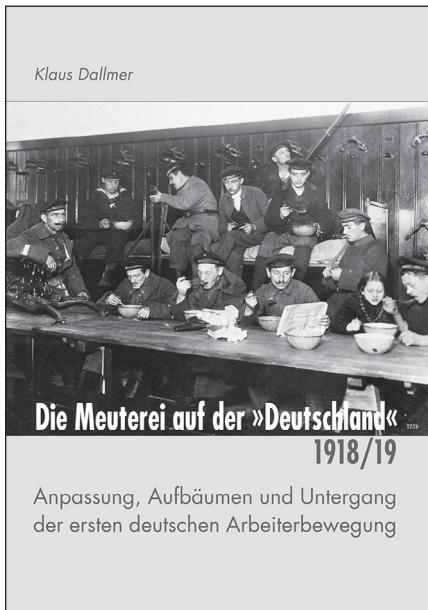
Osten, ist besorgt, dass der Brexit den Frieden in Irland gefährdet. Er hat viel über dieses Thema geschrieben. In *The Independent* vom 31. August bezeichnet er Johnsons Schritt als „einen sehr modernen Coup, in dem ein demagogischer, nationalistischer, populistischer autoritärer Führer sich durch quasi-demokratische Mittel an die Macht hebt und sicherstellt, dass er nicht abgesetzt werden kann.“ Er vergleicht diesen „neuen Typus eines Coups“ mit dem Erdogans vor drei Jahren in der Türkei und stellt dann fest: „Der Brexit war immer ein Vehikel, womit die stramme Rechte an die Macht kommen könne.“ Für ihn treten Johnson und seine Verbündeten „in die Fußstapfen Trumps und Erdogans“ und ähnlicher Typen in Teilen Europas, Lateinamerikas und anderswo. Diese schockierende Analyse kommt von einem so seriösen linken Reporter.

Es sieht so aus, als sei Corbyn gedrängt worden, die Linie von Labour zu ändern und sich den Brexit-Gegnern anzupassen, indem er ein neues Referendum unterstützt. Diejenigen, die gegen Johnsons Angriff auf die Demokratie demonstrieren, sind teilweise jene, die nie das Ergebnis des ersten Referendums akzeptiert haben und die es wieder kippen wollen. Eine Abstimmungsmöglichkeit zwischen einem Deal, der mit der EU ausgehandelt wurde und einem „No Deal“ wäre die akzeptabelste Lösung, aber Labours Linie wird ihre Anhänger in den traditionellen Hochburgen im Norden und in Mittelengland vor den Kopf stoßen, die überwiegend für den Brexit gestimmt haben. Die Unterstützung für ihn ist seit 2017 gefallen.

m.j.

# Die Wunde, die sich nicht schließt

## Rezension



Jahrestage können nerven, wenn sie dazu gebraucht werden, Ereignisse nicht nur reflektierend in Erinnerung zu rufen, sondern ihre Bedeutung benutzen, um die Gegenwart zu erklären. Der Gründungstag der deutschen Republik 1918, der Anlass zu zahlreichen Dokumentationen und Expertenrunden bot, ist ein typisches Beispiel dafür, denn, so der häufige Tenor, eigentlich sei das Ziel der Gründungsväter mit unserer Gegenwart erreicht.

Jahrestage können aber auch genutzt werden, sich der Vergangenheit und ihren Auswirkungen neu zu nähern, aus der Bestandsaufnahme neue, zeitgerechte Schlüsse zu ziehen und ihre Bedeutung für die Gegenwart auszuloten. Klaus Dallmer, der Autor der Untersuchung *„Meuterei auf der ‚Deutschland‘ 1918/19“*, versucht ohne Zweifel das letztere, und zwar, dies sei vorweggenommen, nicht immer mit derselben Überzeugungskraft. Er hat sich, das wird bei der Lektüre schnell klar, sehr viel vorgenommen: der Untertitel *„Anpassung, Aufbäumen und Untergang der ersten deutschen Arbeiterbewegung“* deutet sein Erkenntnisinteresse an. Doch der titelgebende Aufmacher führt eher in die Irre. Den entscheidenden Monaten in den Jahren 1918 und 1919 wird zwar breiter Raum gegeben, in dem die gesellschaftliche

Transformation und die entscheidende Rolle der Arbeiterbewegung und ihren Parteien beschrieben und bewertet wird. Das Thema weist aber zeitlich deutlich über diesen Rahmen hinaus und dieser größeren Aufgabenstellung wird er nur phasenweise gerecht.

Kursorisch bis zum Vormärz der 1848er Revolution zurückgreifend nähert er sich rasch der Gründung der sozialdemokratischen Partei und der Reichseinigung von oben im Jahr 1871. Die danach folgende Etappe der Konstituierung der Arbeiterbewegung und ihres politischen Ausdrucks, der SPD, sowie der Auseinandersetzung zwischen den revolutionären und den bald anwachsenden reformorientierten Kräften gehört zu den überzeugenden Stärken des Buches. Zum einen wird dieser Richtungskampf seltener beschrieben und analysiert, zum anderen arbeitet Dallmer nicht nur nachbeschreibend, sondern gibt den Originalzeugnissen der Protagonisten Raum. Die Leserschaft vermag sich damit ein lebendigeres Bild von den Personen und ihrem Denken zu verschaffen. Besonders, wen wundert's?, Rosa Luxemburg, die große Theoretikerin und Agitatrice, hat es ihm angetan. Mit gut gewählten Zitatpassagen werden ihre Erfolge für die revolutionäre Sache deutlich, aber auch die Grenzen ihres Einflusses auf die Parteiführung und, erschreckender Weise, auf einen anwachsenden Teil der SPD-Anhängerschaft sichtbar. Die sozialistischen Friedensschwüre aus der Partei, dem Kaiser in den Rücken zu fallen, wenn er es wagen sollte, den Krieg gegen die französischen Klassenbrüder zu erklären, werden in dem Augenblick obsolet, in dem die Nation zu den Waffen gerufen wird. Eine fürchterliche Niederlage der Linken in der SPD, mit der die Weichen für das nächste Desaster am Ende des Weltkrieges gestellt werden. Die Tragödie wiederholt sich, aber diesmal nicht als Farce in der Weltgeschichte. Brutal wird der eigenen Klasse 1918/19 vor Augen geführt, was die Rolle und die Bedeutung der SPD im kapitalisti-

schen Kontext angeht – und die Mehrheit der Klasse unterstützt ihre Partei dabei oder lässt dies mindestens geschehen. Detailliert zeichnet Dallmer den Ablauf der Geschehnisse dieser Jahre nach. Er greift dabei auf eine Reihe von Dokumenten- und Zeitzeugenquellen (*Rote Fahne, Vorwärts, Richard Müller* u.a.) zurück, arbeitet aber auch neuere Monographien zum Thema ein. Der Autor würdigt das mutige, ja todesmutige Wirken der Kriegsgegner, um mit dem Ende des Krieges auch das Ende des deutschen Kapitalismus herbeizuführen. Aber schließlich ist auch er nur in der Lage, die schreienden Widersprüche nebeneinander zu stellen, sie nicht mehr zu analysieren: *„Einer Demonstration der Spartakusgruppe am 16. Oktober [1918] in der Innenstadt hatte sich die USPD nicht angeschlossen. Wegen geringer Beteiligung machte der Umzug dann nur einen kläglichen Eindruck. Zu einer großen Massendemonstration kam es dagegen am 23. Oktober – die Arbeiter holten den amnestierten Karl Liebknecht vom Bahnhof ab. (...) Am 27. Oktober rief die MSPD im Vorwärts zur Zeichnung der neunten Kriegsleihe auf.“* (S. 118) Dallmer ersetzt Erklärungsversuche zu Motivation und Verhalten der Mehrheit in der Arbeiterbewegung zunehmend durch pauschale Urteile (*Gehorsam, „Geschlossenheit, Parteitreue und Glaube an die Führungsinstanzen“* (S. 131)), um das Scheitern der sozialistischen Transformation zu begründen. Neben Psychologie und Erziehung müsste die materielle Interessenlage der geführten ArbeiterInnen stärker in den Blick genommen werden. Übrigens auch im Vergleich mit der russischen Revolution, deren Methoden und Strategien mit Blick auf Deutschland durchwegs abgelehnt werden. Dallmers, in Anlehnung an Rosa Luxemburg entwickelte Vorstellung der *„Dialektik von Kampf und Organisation“* (S. 86), die sich zur revolutionären Krise steigere und *„immer größere Massen“* (ebd.) erfasse, wenn die kapitalistischen Widersprüche dazu tendieren, lässt sich auf die unterentwickelten Bedingungen Russlands nicht anwenden. Die Frage

8. November 1918 - Nr. 1

Dreis 10 Pfennig

# Die rote Fahne

Ehemaliger Berliner Lokal-Anzeiger - 2. Abend-Ausgabe

Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstr. 36-41. - Fernsprecher: Amt Zentrum 9001 bis 9020. - Telegramme: Scherlverlag.

## Berlin unter der roten Fahne.

### Polizeipräsident gestürzt. - 650 Gefangene befreit. - Rote Fahnen am Schloß.

Die Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeigers“ ist von Vertretern des revolutionären Volkes (Spartakus-Gruppe) besetzt. Die Redaktionsführung ist damit an die Leitung der Genossen übergegangen.

Mit rasender Wucht vollzieht sich die Entwicklung der Ereignisse nun auch in Berlin ab. Seit heute vormittag sind fast alle Stellen, die für den Verkehr, die Verwaltung und die Sicherheit der Stadt wichtig sind, in den Händen der Arbeiter und Soldatenrats und seiner Beauftragten. Die Verwaltung setzte vormittags ruhig ein und schloß sich auch weiterhin in völlig geordneten Bezirken.

Über die Vorgänge des Nachmittags liegen

nen überredeten sie die Führer eines dort haltenden Militärautos, sich ihnen anzuschließen. Zwei Soldaten erklärten das Deck und schlangen im Weitermarsch rote Fahnen. Vor dem Hauptartilleriepark machten die Demonstrierenden ebenfalls eine kurze Pause, betrauten das Haus, lehrten aber sofort wieder freiwillig unerschrocken die das angrenzende Reichskanzlerpalais unbehelligt. Der Zug bewegte sich sodann in der Richtung auf die Leipziger Straße.

### Rote Fahnen am Schloß.

Am Kgl. Schloß und am Kronprinzenpalais waren am Eingang zu den Vorläden rote Fahnen angebracht.

Offizier, dem im Felde bereits großes Unrecht geschehen ist, erliche ich auch, der Freiheit zum vollen Siege zu verpflichten. Wir wollen jedes Blutvergießen vermeiden, müssen aber selbst Ordnung halten. Nicht besonders auf die Gewehrträger unter euch, Meinetwegen die Waffen zum Rückzug bringen. Jede unnötige Gewalt auch unterbleiben. Es lebe die soziale Revolution!

### W.S.B. von A. und S. befehlt.

In den ersten Nachmittagsstunden erschienen Abgesandte des Arbeiter- und Soldatenrates in den Räumen des bisherigen Wolffschen Telegraphenbureaus und übernahmen es im Auftrage des Rates. Die Eingänge wurden sofort kontrolliert, nur Personen mit Ausweis bekommen Zutritt. Die Befehlsmitteilung der

teilen. Die Automobile waren nicht besetzt mit Arbeitern und Soldaten, die Besetzung mit Gewehren beschaffen. Keine auf den Automobilen stand je ein Arbeiter und ein Soldat, die sich die Hand reichten. Auf einem Automobil saßen wie auch einen Feldwebel mit einem. Von den Automobilen wurden zu zweienden Flüchtlinge heruntergeworfen, die zunächst den bekannten Erfolg des Reichsflagenschilder mitteilen und dann nach folgende Bitterkeiten erläutern:

### „Es wird nicht geschossen!“

Der Reichsflagler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.

Parteilose Arbeiter! Soldaten! Geheia sind bei Alexanderregiment und die Rittenen Jäger zurückzuführen zum Reichsflagler.

stellt sich aber, ob diese Annahme für Deutschland im Jahr 1918/19 realistisch war. Auch Luxemburg begreift zurecht den Sozialismus als emanzipatorische und emanzipierende Tat einer Klasse für sich, aber im Fall eines Falles gilt bei ihr doch: „Für die politische Leitung einer revolutionären Partei wäre es [das Abwarten der für den Kampf „reifen Zeit“] Armutszugnis, moralischer Bankrott. Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führer ist nicht, von den Ereignissen geschleift zu werden, sondern ihnen bewußt vorauszu gehen, die Richtlinien der Entwicklung zu überblicken und die Entwicklung durch bewußte Aktion abzukürzen, ihren Gang zu beschleunigen.“ (R. Luxemburg: Das Offiziösentum der Theorie [1912/13], in GW 3, S. 321, auch in Dallmer, S. 86f.)

Die Verwerfungen der untergehenden Monarchie sollten nach dem Willen der Sozialdemokratie in ein bürgerlich-demokratisches Korsett gesteckt werden, was von (Minderheits-) Teilen der Arbeiterschaft nicht widerstandslos hingenommen wurde. Das „Aufbäumen“ (Untertitel) dagegen wird vom Autor als ein Verdienst gewürdigt, das die Möglichkeiten erahnen lässt, wenn die Arbeiterklasse einig gehandelt hätte.

Die endgültige Brechung der Klasse blieb am Ende Aufgabe des deutschen Faschismus.

Von der (M)SPD und ihrem Anhang in der Arbeiterklasse ist im Buch kaum mehr die Rede, wenn er sich im letzten Teil der Beschreibung dem „Untergang“ (Untertitel) der Arbeiterbewegung widmet. Sein Augenmerk gilt der Politik der KommunistInnen in Deutschland, ihren Erfolgen und vor allem ihren Fehlern und Misserfolgen. Dagegen ist wenig einzuwenden, müssen sich doch alle sozialistisch und kommunistisch ausgerichteten Menschen der politischen Vergangenheit stellen, um zu lernen und sich selbstkritisch zu verbessern.

Inzwischen haben wir aus einer Vielzahl von Untersuchungen, auch aus Detailarbeiten ein genaueres Bild der Kämpfe und Verwerfungen kommunistischer Partearbeit in den Zwanziger und den beginnenden Dreißiger Jahren gewonnen. Darauf nimmt Dallmer eher cursorisch Bezug und neigt zu schnellen, an der Oberfläche der Ereignisse bleibenden Urteilen über diese Epoche. Mehr würde den Rahmen der Arbeit sprengen, allein der eigene Anspruch des Autors, den Untergang der deutschen Arbeiterbewegung zu erklären, erfordert ein gründlicheres Vorgehen. So bleibt die Sozialdemokratie in dieser Dekade weitgehend außer Betracht, ihre Kungeleien und Finten, ihre Täuschungen und ihr hauptsächlichliches Anliegen: ihr Kampf

gegen den Kommunismus. Nicht nur die – schließliche – Thälmann-KPD war Fremdeinflüssen unterworfen und beging tödliche Fehler. Am Untergang der Arbeiterbewegung wirkte die Sozialdemokratie aktiv und kräftig mit. Eine Partei, die sich dieser Vergangenheit – auch das war als Ergebnis des Gedenkens an 1918/19 überdeutlich

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse

die Einheitsfront gegen den

Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €  
Bestelladresse:  
Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

zu sehen – gar nicht stellen kann, weil sie ihre eigenen Entstehungs-ursachen nicht sieht oder versteht.

Was bleibt also von der kommunistischen Politik in der Endphase der Weimarer Republik übrig? Die Tatsache, dass es neben dem unüberwindlichen Hass zwischen beiden linken Massenparteien bewusste GenossInnen aus beiden Lagern gab, bezeichnenderweise zwangsweise jetzt aber in eigenen Organisationen tätig, die verzweifelt versuchten, für eine Einheitsfront der Klasse gegen den Faschismus zu werben; außerhalb des Parlaments und nur als Massenaktionen durchführbar.

So schließt August Thalheimer 1932, jetzt KPD-Opposition, seine Untersuchung zur Frage, wie die Einheitsfront gegen den Faschismus geschaffen werden kann, mit dem Appell: „Kostbare Jahre sind verloren, darum darf jetzt kein Tag mehr verloren werden. Es gilt jetzt ein Wettlauf mit der Zeit um

*Tod und Leben. Unter der Bedingung, dass dies begriffen und dementsprechend gehandelt wird, ist noch alles zu gewinnen. Aber nur unter dieser Bedingung.*“ (A. Thalheimer: *Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?*, 1932; Broschüre, S. 34)

Dallmer erkennt diese Analyse an, die aus der Not geboren, aber von den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts gespeist, aus der Erkenntnis der Gegebenheiten abgeleitet und zugleich vom revolutionären Ziel überzeugt war. Allein, sie geht verloren im resignierenden Schluss seiner Darlegung („Die Gewerkschaften hatten ihren Zweck gänzlich verfehlt.(...) Vor dieser Aufgabe [die Klasse zusammenzuführen] hat die KPD jämmerlich versagt. (...) Dann kann sie [die „wirklichen“ Arbeiterparteien] niemand anderes zerstören als sie selbst (...) Das haben SPD und KPD in der Weimarer Republik vollbracht (...)“, S. 306). Woraus der Autor dann in seinem Fazit (ab S. 307) den Optimismus

zieht, von einer „moderne[n] Arbeiterklasse“ (S. 310f.) zu sprechen, bleibt unter diesen Voraussetzungen sein Geheimnis. Sie werde „gefordert sein, das System gemeinwirtschaftlich und international zu überwinden, und eine neue Art von Selbstherrschaft zu entwickeln...“ Da wäre mehr Substanz zu erwarten gewesen.

Die Untersuchung hat, wie beschrieben, ihre Stärken. Mit einer Beschränkung auf diesen Kernbereich stellt sie einen Gewinn für alle Interessierten dar, die, auf einen aktuellen Stand der Literatur gebracht, viel Richtiges erfahren. Und – man kann dem Autor abnehmen, dass ihn das Thema selbst seit Jahrzehnten beschäftigte und nun zu einer intensiven Stellungnahme drängte.

Klaus Dallmer: *Die Meuterei auf der „Deutschland“ 1918/19. Anpassung, Aufbäumen und Untergang der ersten deutschen Arbeiterbewegung. Die Buchmacherei, November 2018, 12.00 €*

## Günther Gerstenberg: Räte in München

# Rezension



ist etwas Besonderes. Es ist eine wahre Schatztruhe gefüllt mit Zeitdokumenten. Da gibt es Originalabdrucke von Flugblättern, Plakaten, Aufrufen, Handschriften, Karikaturen und Bildern. Gerstenberger gelingt es damit, die Leserin und den Leser direkt in das Geschehen einzubeziehen und die Ereignisse quasi erlebbar zu machen.

Hier nun ein kurzer Abriss der Revolution in Bayern, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Zitate sind dem Buch entnommen.

### Revolution in Bayern

Auch in Bayern garte es am Ende des ersten Weltkriegs im Zuge der Novemberrevolution mächtig. Am 7. November hatte eine machtvolle Friedensdemonstration stattgefunden. Es wurden der sofortige Friedensschluss, der Rücktritt des deutschen Kaisers, der Achtstundentag, das Frauenwahlrecht und eine Arbeitslosenversicherung gefordert. Am Ende zog Kurt Eisner, der Vorsitzende der USPD, mit

seinen Anhängern zu den Kasernen, wo die Soldaten mit fliegenden Fahnen zu den Revolutionären überliefen. Am Abend wird ein *Arbeiter- und Soldatenrat* gebildet und Kurt Eisner zum ersten Ministerpräsidenten der Republik Baiern gewählt, der den „*Freistaat Baiern*“ ausruft.

Die Revolution war ohne jegliches Blutvergießen vonstattengegangen!

Eisner setzte zwar auf das Räteystem als Grundlage einer basisdemokratisch orientierten Regierung: An der Basis werden überall Räte gebildet und bald sind es in ganz Bayern an die 7.000. Trotzdem versucht Eisner zuerst ein Zusammenspiel von Räten und Parlament. Eisner bildet „*als provisorischer Ministerpräsident ein Kabinett, in dem seine schärfsten Widersacher die Mehrheitssozialdemokraten Erhard Auer (Inneres), Johannes Timm (Justiz) und Albert Roßhaupter (militärische Angelegenheiten), Minister werden.*“ (S. 1) Das war ein Grund zur späteren Niederlage; hier war der Bock zum Gärtner gemacht worden, denn in den Augen dieser Mehrheitssozialdemokraten

**G**erstenberg möchte, wie er in der Einleitung schreibt, einige Schlaglichter auf die Zeit werfen, als Bayern eine „rote“ Republik war. Zu diesem Thema gab es ja im Laufe des letzten Jahres schon einige Bücher – aber das vorliegende



sind „Räterepublikaner gesetzlose, verzweifelte Desperados.“ (S. 76) Die Haltung der MSPD veranlasste Gustav Landauer später zu der Aussage: „In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die sozialdemokratische Partei.“ (S.87)

Kurt Eisner wird am 21. Februar 1919 auf dem Weg zum Landtag, wo er seinen Rücktritt erklären wollte, von dem radikalen Nationalisten Graf Arco auf Valley erschossen.

„Nach dem Mord an Eisner am 21. Februar 1919 herrscht der Zentralrat der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bis zum 7. April, ohne dass eine Räterepublik proklamiert wird. Seit dem 17. März reorganisiert sich der Landtag und wählt den Mehrheitssozialdemokraten Johannes Hoffmann zum neuen Ministerpräsidenten.“ (S.1)

Am 7. April 1919 wurde vom Zentralrat der bayerischen Republik unter Ernst Niekisch und dem Revolutionären Arbeiterrat in München die bayerische Räterepublik ausgerufen. Hoffmann geriet in München in die Defensive, wurde für abgesetzt erklärt und wich mit seinem Kabinett nach Bamberg aus. In ihrer Führung war die Räterepublik zunächst von pazifistischen und anarchistischen Intellektuellen wie Ernst Toller, Erich Mühsam und Gustav Landauer geprägt. Nach dem von Rotgardisten unter dem Kommando Rudolf Egelhofers vereitelten – gegen die Räterepublik gerichteten – Palmsonntagputsch dominierten ab 13./14. April führende KPD-Mitglieder wie Eugen Leviné, Max Levien und Egelhofer selbst die Räteregierung. Die Münchner Räterepublik hatte sich von Anfang an paramilitärischer Angriffe

der von Bamberg aus mobilisierten Freikorpsverbände zu erwehren, die wenig später von regulären, durch die Reichsregierung in Marsch gesetzten Armee-Einheiten verstärkt wurden. Bis zum 2. Mai 1919 unterlag die Räterepublik schließlich deren militärischer Übermacht. Rund 2.000 vermeintliche oder tatsächliche Anhänger der Räterepublik wurden in den nachfolgenden Wochen mit Haftstrafen sanktioniert, von Standgerichten zum Tode verurteilt oder unmittelbar ermordet.

### Kräfteverhältnisse im Wandel: Realität und Voluntarismus

„Das Klischee, dass ein kleines Häufchen von Berufsrevolutionären bei den „Spartakistenauftänden“ die Fäden zog, trifft nicht zu. Es handelte sich vielmehr um eine breite Massenbewegung, die das Ziel einte, die überholten Herrschaftsverhältnisse zu beseitigen und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum zu ermöglichen.“ (S.3)

„Revolution hat Konjunktur. Wer springt da nicht alles auf den fahrenden Zug auf. Wer bis jetzt nichts Rechtes auf die Reihe gebracht hat, hofft, dass die neue Zeit ihm neue Chancen bietet.

Da sind vor allem die Kleinbürger, denen es in erster Linie ‚um ihr Sach‘ geht, das sie entweder im Krieg verloren haben oder das sie zu verlieren befürchten. Da sind vor allem die einsamen Männer, die nach langem Grübeln die Weltlösungsformel gefunden haben und diese nun dem Volk mitteilen wollen. ... Und da sind die, die überall mitschwimmen, weil ‚mia san überall dabei, wo die Majorität a Mehrheit hat‘.“ (S.30)

„Politische Akteure und ihre Anhänger waren eine aktive Minderheit, die allerdings in diesen Zeiten des Umbruchs weite Kreise der Bevölkerung politisieren konnte und in einer Massenbewegung aktiv wurde. Freilich sind traditionelle Überzeugungen und Haltungen zählebig; es kann vermutet werden, dass diese sich bei vielen Räteanhängern nach dem kurzen Zwischenspiel wieder restaurierten.

Trotz Aufbruchsstimmung und erregenden Ereignissen hatte für die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter die Erledigung des Alltagslebens Priorität. Neben der täglichen Mühsal blieb den meisten nur wenig an freier Zeit für politisches Engagement, für Bildung und Vergnügen.“ (S.4)

Manchmal hat die Einschätzung der Lage auch etwas Träumerisches.

So schreibt Ernst Toller noch am 13. April in einem Aufruf an die Augsburger Arbeiter:

„Die Aussichten der Räterepublik sind nicht ungünstig. Nordbairern steht hinter Hoffmann, sagt man. Aber Nordbairern ist nicht zuverlässig für Hoffmann. Von tausenden von rätefreundlichen Inseln und Inselchen ist es durchsetzt. Es bedarf nur noch zureichender Aufklärung, um Nordbairern für die Seite zu gewinnen, auf der nicht um bürgerliche Demokratie, sondern für den wahren Sozialismus gekämpft wird. ... Merkt ihr denn nicht, wie es im ganzen Reich gärt, brodelnd und flammt?“ (S.93)

### Verwaltungsapparat

„Die bairische Monarchie ruhte auf einer komplexen Verwaltung, die jenseits der sich ändernden politischen Konstellationen im Landtag die Staatsgeschäfte effizient erledigte. Die Macht der Alleinherrscher hatte sich längst auf viele Zweige in der Administration übertragen. Die Bürokratie pflegte zu allen im Landtag vertretenen Parteien informelle Kontakte. Wer Politik betrieb, war nur dann erfolgreich, wenn er sich im Dickicht der Zuständigkeiten und Verordnungsabläufe bewegte wie ein Fisch im Wasser und über seine Verbindungen rechtzeitig erfuhr, was in den Ministerien geplant und was beschlossen wurde. Ein Minister trug die politische Verantwortung; er tat gut daran sich mit seinem Ministerium gut zu stellen.“ (S.61)

Über diese Verbindungen verfügten die Räte nun einmal nicht und der Beamtenapparat war alles andere als fortschrittlich und stand der Räterepublik in der überwiegenden Mehrheit feindlich gegenüber.

„Die Räte hatten es außerdem schwer, sich gegen den Gemeindevorstand und den Bürgermeister, also die bisherigen Ortsgewaltigen durchzusetzen.“ (S.62)

„In der Arbeiterklasse verbreitete sich Resignation. Und die Verfechter der Vergangenheit üben sich, als ob sie sich abgesprochen haben, in weicher, passiver Resistenz. Ihr nur wenig sichtbarer, hinhaltender Widerstand wird, so ihre Überzeugung, die Vertreter der neuen Zeit mürbe machen. Ihre Obstruktion wird ‚beweisen‘, dass die neuen Verhältnisse nicht lebensfähig sind. Auf allen Ebenen des Staates dominieren mit Tausenden von Fäden verbunden die, die vor allem eins hintertreiben: eine Veränderung in den Eigentums- und Machtverhältnissen.

Schon wenige Wochen nach dem Umsturz sind Anzeichen eines allgemeinen Meinungsumschwungs erkennbar. Die Begeisterung der ersten Tage ist verflogen, die Luft ist raus. Jetzt sieht es so aus, als ob alles wieder in ‚geordnete Bahnen‘ zurückkehrt.“ (S.62)

„Wie wenig hat sich doch verändert! Die Revolution hat zwar die versehentlich abgebrochene Staatsspitze ausgetauscht, die königlichen Beamten arbeiten aber weiter. Hier könnte sich ein weites Feld der Kontrolle für die Räte eröffnen. ‚Linke‘ bestehen darauf, dass eine neue Regierungsform sich nur dann behaupten kann, wenn das gestürzte System entwurzelt und sein Apparat vernichtet wird.“ (S.13)

Auch die Altparteien melden sich wieder zu Wort. „Gustav Landauer stellt hierzu erstaunt fest, dass sich die bürgerlichen Parteien ‚mit einer wirklich affenartigen Geschwindigkeit umkostümiert haben.‘“ (S.63)

### Herrschende Meinung: Medien und Lügen

Mit vielen Beispielen wird belegt, wie die bürgerlichen, konterrevolutionären Zeitungen und „Medien“ die Räterepublik verunglimpften, denunzierten und maßgeblich die Stimmung in Bayern verhetzten. Tatsachen wurden verkürzt, verdreht, verfälscht oder es wurde einfach gelogen, denn es ging ja gegen die Kommunisten und da war jedes Mittel recht.

„Immer noch droht der Popanz der ‚kommunistischen Räterediktatur‘. Und es sind immer noch die Freikorps, die das arme Baiern vor der roten Flut retten. Tatsächlich plündern und morden die Freikorps. Sie werden zu Keimzellen der rechtsnationalistischen und profaschistischen Gruppen, die stramm in ein tausendjähriges Reich marschieren. Dass eine SPD-Regierung die Freikorps rief, ändert daran nichts.“ (S. 3)

„Die konterrevolutionären Truppen richten bei ihrem Einmarsch in München mit beispielloser Brutalität ein Blutbad an und beginnen die Viertel von ‚Aufrührern, Anarchisten und Bolschewiken‘ zu säubern. Denunzianten haben jetzt Hoch-

konjunktur, überall krachen Salven der Erschießungskommandos in der Stadt.“ (S:131)

Bei diesem ungeheuren Blutbad werden an die 1.200 Arbeiter erschossen; andere Quellen geben die Zahl der Ermordeten mit 2.000 an.

Eine besonders niederträchtige Rolle spielte dabei auch das Zentralorgan der MSPD der Vorwärts. Er steht den bürgerlichen in nichts nach. Nach der Ermordung Eisners finden wir: „Die bürgerliche Presse heuchelt am folgenden Tag Bestürzung, der mehrheitssozialdemokratische Vorwärts bleibt bei seiner verlogenen Hetze: So tiefen Abscheu der Mord des gräßlichen Leutnants an Kurt Eisner erweckt, diese grauenvolle Tat wird noch verdunkelt durch das mörderische Gemetzel, das die Münchner Unabhängigen und Spartakisten unter den Führern der bayerischen Sozialdemokratie veranstalten. ... Inzwischen regiert in der bayerischen Hauptstadt wilder Terror.“ (S.83) Tatsächlich war den Führern der MSPD Roßhaupter und Timm kein Härchen gekrümmt worden. Oder der Vorwärts vom 10. März 1919: „Die Feder sträubt sich, wenn sie die grauenerregenden Handlungen nochmals beschreiben soll, die hier von spartakistischen Haufen an wehrlosen

Gefangenen verübt worden sind. Sechzig Polizeibeamte und einige Duzend Regierungssoldaten sind wie Tiere abgeschlachtet worden... Kein Gnade den Mördern.“ ... „Tatsächlich gab es ein Scharmützel zwischen Rätesympathisanten und Regierungstreuen, bei dem drei Beamte und mehrere Räterepublikaner ums Leben kamen.“ (S.90)

Das mag hier nun genügen.

„Während sich der Antisemitismus in Zeitungen, Plakaten und Flugblättern der bürgerlichen Parteien eher indirekt ausdrückt, erscheint er im Februar ganz unverhohlen auf Flugblättern, die kein Impressum aufweisen.“ (S.77)

Als Beispiel wird ein Flugblatt mit folgender Überschrift abgedruckt:

„Der Jude als politischer ‚Führer‘ der Deutschen! Die Maske herunter!“ (S.77)

Hier drängt sich der Bezug zur Gegenwart mit den anonymen Hass- und Hetzbotschaften im Internet förmlich auf.

### Zum Scheitern

„Den wenigen Linken ist damit klar, dass die Revolution gescheitert ist. Alle ehemals herrschenden Interessengruppen haben genug Ressourcen, um in die Propagandaschlacht zu ziehen. Die Linken haben weder Geld noch Medien.

Ihnen ist auch klar, dass mit den Wahlen der Weg in eine bürgerliche Republik eingeschlagen wird. In dieser Republik, sagen sie, scheint es nur so, als ob Parteien in Wahlen mit Zustimmung des Volkes miteinander um die Macht konkurrieren. Tatsächlich haben sich die wirtschaftlichen Eliten mit dieser formalen Demokratie ein Instrument geschaffen, mit dessen Hilfe sie ihre ökonomische Vorherrschaft sichern und auch ausbauen können. So werden sie alle gesellschaftlichen Konflikte einhegen, in prosperierenden Zeiten Kompromisse im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit schmieden und in Krisenzeiten Angriffe auf die Institutionen des Staates abfedern. Da sich alle Parlamentsparteien an den Interessen der ‚Wirtschaft‘ orientieren, ist die demokratische Republik die denkbar beste Form, die Herrschaft der öko-

**Wo ist Radek?**

Die Nachforschungen über den Aufenthalt des Bolschewistenführers Radek haben bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt. Die

**„Bereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“**

hat für die Ergreifung Radeks oder für Angaben, welche zu seiner Verhaftung führen können, eine

**Belohnung von 10000 Mk.**

ausgesetzt. Alle mündlichen oder schriftlichen Angaben sind an die Geschäftsstelle der Vereinigung, Berlin W 9, Schellingstraße 2, zu richten.

Druck von Rudolf G. Lehmann, Berlin C. Zehn, 42.      Übersetzer: Ami Kuznetz 1173.





nomischen Eliten auch in Zukunft zu sichern.“ (S.65)

In Niederschönfeld macht Erich Mühsam im August 1921 folgende Rechnung auf:

„In München waren – von beiläufig 400.000 erwachsenen Proletariern, Männern und Frauen – allerhöchstens 20.000 während der Zeit des Umsturzes revolutionär aktiv, also 5% der sogenannten ‚Masse‘. Von diesen 20.000 waren mindestens 17.000 erst durch die akut gewordene Bewegung selbst in Bewegung gesetzt worden. Es waren also – höchstens! und das ist meiner Beobachtung nach noch viel zu hoch gegriffen – 3.000 Personen, die vor Ausbruch der Revolution wirklich revolutionären Willen gehabt haben: noch nicht ein Prozent der ‚Masse‘... Das Gros aber sympathisiert mit allem was Erfolg hat.“ (S. 193)

Am 28. August 1922 schrieb er in sein Tagebuch: „Was wir bei der ständig zunehmenden und von uns lebhaft erstrebten Radikalisierung der Massen übersahen, war die Strohfeuerqualität der um uns jubelnden Begeisterung. Wir nahmen den Lärm besoffen geredeter Volksmengen für Macht, und wir taten, wozu uns diese Menge tatsächlich drängte, was wir tun mussten: Wir erhoben die Hand zum entscheidenden Griff an die Machtkurbel. Dann setzten die Widerstände von außen ein, denen wir deswegen nicht positiv entgegenwirken konnten, weil das Strohfeuer der Anhänger vor der Gefahr erlosch. Die lautesten Jünger verrieten uns, und wir sahen zu spät, wie viel im Innern widerstrebende Anhänger aus Opportunismus so lange zu uns gestanden hatten, bis sie fanden, dass unser Gaul am Ende

das Rennen doch nicht so sicher machen würde, wie es anfangs schien.“ (S.194)

Im letzten Kapitel „Eine letzte Frage“ trifft Günther Gerstenberg Aussagen zur Revolution in Bayern, die weit über das Land und die Zeit hinausgehen, ja für alle sozialistischen Revolutionen Gültigkeit haben. Werden diese Leitsätze nicht angewandt, sind die alle in „Revolutionen“ erreichten sozialistischen Errungenschaften nach und nach zum Scheitern, verurteilt. Aktuelles und tragisches Beispiel ist zur Zeit Venezuela.

„Daneben wogen die eigenen Versäumnisse schwer. Mit Sicherheit kann man sagen, dass eine politische Revolution dann scheitert, wenn sie nicht mit einer sozialen Revolution verbunden ist. Soziale Revolution heißt ultimative Enteignung der wirtschaftlichen Eliten, Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und sofortiges Verbessern der alltäglichen Lebensumstände von Arbeitern und Bauern.

So konnte es passieren, dass nur die politisch bewussten Arbeiterinnen und Arbeiter die Räteherrschaft unterstützten, viele aber nicht verstanden, warum sie für die Räte eintreten sollten. Diese Erkenntnis wurde später im Spanischen Bürgerkrieg aktuell. Solange die erfolgreich Abwehr der putschenden Generäle mit der sozialen Revolution verbunden war, hatte diese Aussicht auf Erfolg.“ (S.194)

Das Buch ist lesenswert.

Günther Gerstenberg:  
Räte in München.

Anmerkungen zum Umsturz und zu den Räterepubliken 1918/19  
edition AV, 19.90 Euro  
editionav@gmx.net

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-  
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 204 Sommer 2019, 44 S.

- Die Europäische Union
- Das Scheitern des bolivariischen Projektes
- Blauer Planet im Würgegriff
- Bremen-Wahl
- Österreich: Ibiza und die Folgen
- Die Novemberrevolution 1918
- ...

### Nr. 203 Frühjahr 2019, 36 S.

- Neue Aufrüstung – Militarisierung internationaler Politik
- „Linksruck“ der SPD
- Das Irrlicht der sogenannten Wirtschaftsdemokratie
- Venezuela – US-Statthalter Guaidó
- Zu den Rosa Luxemburg-Seminaren der IG Metall
- Eine literarisch-politische Skizze über Jack London
- Kohei Saito: Natur gegen Kapital

### Nr. 202 Winter 2018/2019, 36 S.

- Flucht und Migration – I
- Unsere Jahreskonferenz
- Flucht und Migration – II
- Türkei nach der Wahl
- Kann die SPD von Labour unter Corbyn lernen?
- 100 Jahre unvollendete Revolution
- Letzte Worte zu Lebzeiten von Heinrich Brandler

### Nr. 201 Herbst 2018, 36 S.

- Fraktionsstreit zwischen den Unionsparteien
- Der NSU-Jahrhundertprozess und ein Scheinurteil
- Wie die EU ihre Außengrenzen „sichert“
- Bremen: Die Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung
- Die zionistische Kampagne gegen Corbyn

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

## Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Anzeige



**ROTE HILFE E.V.**  
 Unsere Solidarität gegen ihre Repression!  
 info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteilugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
 Sparkasse Göttingen  
 IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
 BIC: NOLADE21GOE

Schwerpunkt 3/2019: **Straflosigkeit**

**DIE ROTE HILFE**  
 Zeitung gegen Repression

**DIE ROTE HILFE**  
 erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Erhältlich auch in gut sortierten  
 Bahnhofsbuchhandlungen**



**contrast**  
 zeitung für selbstorganisation  
 421 36. JAHRGANG OKTOBER 2019 4'50 EUR

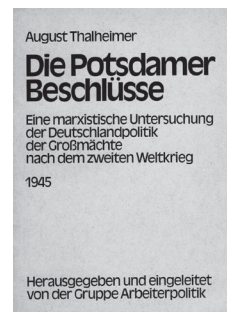


**SCHWERPUNKT  
 Wie geht  
 Utopie?**

**www.contraste.org**

Anzeige

**August Thalheimer:  
 Die Potsdamer Beschlüsse**



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, 1,50 €.

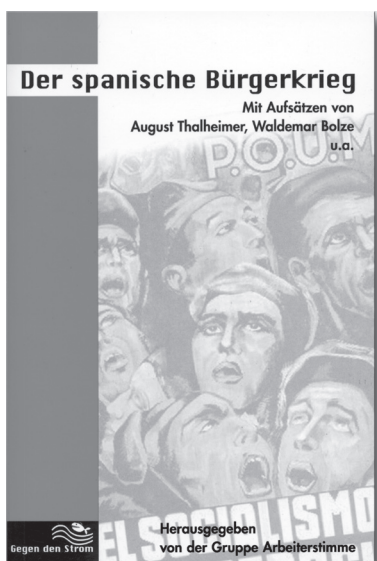
Bestelladresse:  
 T. Gradl, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

## Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 3,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition (z.Z. leider nicht lieferbar) 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

**Bestellungen an: Arbeiterstimme, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**

# Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**240 Seiten, Paperback, 12,- €**

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der  
*Gruppe Arbeiterstimme*

Silke Makowski

## „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern,“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

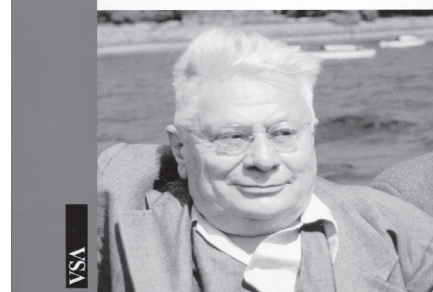
Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs  
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I  
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro  
ISBN 3-9809970-4-9**

Jens Becker

## Heinrich Brandler

Eine politische Biographie



**510 Seiten, Paperback,  
20,- €  
ISBN 3-87975-767-4**

Theodor Bergmann

## »Gegen den Strom«

Die Geschichte der KPD(Opposition)



**624 Seiten, Paperback,  
20,- €  
ISBN 3-87975-836-0**

Bestelladresse:  
Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder:  
redaktion@arbeiterstimme.org